Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14;
in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4;
in Grätz bei Herrn L. Streisand;
in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Siebenundsiebzigster Jahrgang.

Annahme-Bureaus
In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen
Rudolph Mosse;
in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg Wien u. Basel:
Haasenstein & Vogler;
in Berlin:
A. Retemeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 524.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an

Donnerstag, 30. Juli.
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1874.

Amtliches.

Berlin, 29. Juli. Der König hat den unter Uebertragung der Funktion als Abtheil.-Dirig. an das Kreisger. zu Schubin versetzten Kreisrichter Neumann in Schneidemühl zum Kreisger.-Rath ernannt.

Der an dem Schullehrer-Seminar zu Stade provis. beschäftigte Lehrer Heinrich Wilckens ist an der gedachten Anstalt als ord. Seminarlehrer definitiv angestellt, der Lehrer Peters in Verden als ord. Lehrer an das Schullehrer-Seminar zu Wunstorf berufen, der Ref. Dr. jur. Adolf Hermann Haag zu Frankfurt a. M. auf Grund der bestandenen großen Staatsprüfung zum Advokaten im Bez. des königl. Appell.-Ger. daselbst mit Anweisung seines Wohnsitzes in Frankfurt a. M. ernannt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 28. Juli. Die hier versammelte internationale Sanitätskommission hat sich für die Errichtung einer permanenten internationalen Sanitätskommission ausgesprochen, der wesentlich die Aufgabe zufallen soll, weitere Studien über die Cholera und andere Epidemien vorzunehmen.

Gastein, 29. Juli. Der Statthalter von Salzburg, Graf von Thun-Hohenstein, ist zur Begrüßung des Kaisers Wilhelm hier eingetroffen, für den 2. k. Mts. hat der Ministerpräsident, Fürst Auersperg, dem Kaiser seinen Besuch angezeigt. Heute hat der Kaiser einen Ausflug nach Hofgastein unternommen. Zu dem dort stattfindenden Diner ist auch der Vorstand der Militärkanzlei des Kaisers, Oberst Ritter v. Beck, geladen.

Carlowitz, 29. Juli. Der am 16 d. vertagte serbische Kirchenkongreß war heute wieder zu einer Sitzung zusammengetreten, um die Entschließung des Kaisers betreffs der Patriarchenwahl entgegenzunehmen. Der Regierungskommissar machte zunächst die Mittheilung, daß der Kaiser die vom Kongresse ausgesprochene Loyalitätserklärung mit Wohlwollen aufgenommen habe und verlas darauf ein kaiserliches Reskript, in welchem die Anerkennung der Wahl des Bischofs von Ofen, Stojkowic, zum Patriarchen von der Regierung abgelehnt und der Kongreß zur Vornahme einer Neuwahl aufgefordert wird.

Versailles, 29. Juli. [Nationalversammlung.] Debatte über die Anträge auf Auflösung der Nationalversammlung. Laurent (rechtes Zentrum) bekämpft die Ansicht, als ob die Auflösung der Versammlung schon mit Rücksicht auf die in Folge der Unsicherheit der politischen Verhältnisse hervorgerufene allgemeine Stockung der Geschäfte und der Industrie geboten sei, und sucht auszuführen, diese Uebelstände seien vielmehr durch industrielle Krisen hervorgerufen, welche mit der Politik in keiner Verbindung standen. Der Berichterstatter Max Richard erklärt sich gegen diese Anschauung und rechtfertigt den hierauf bezüglichen Passus seines Berichts. Lorgeril spricht darauf gegen, Raoul Duval für die Auflösung der Versammlung. Letzterer hebt insbesondere hervor, daß die Nationalversammlung, nachdem sie ihre Ohnmacht bewiesen, dem Lande ihr Mandat zurückgeben müsse, wodurch allein der drückenden Ungewißheit der politischen Zustände ein Ende gemacht werden könne. (Die Sitzung dauert fort.)

Bayonne, 28. Juli. Nach hier verbreiteten Nachrichten haben die Carlisten in Catalonien abermals 235 Gefangene von der Division des General Nouvilas erschießen lassen.

Lissabon, 28. Juli. Die Regierung hat für die Grenzbezirke Maßregeln zur Ueberwachung der Carlisten angeordnet.

London, 29. Juli. Das englische Geschwader im „Stillen Ozean" ist angewiesen worden, sich nach der Meerenge von Panama zu begeben und der Entschädigungsforderung im Betrage von 20,000 Pfund, welche wegen des von dem Oberst Gonzales gemißhandelten englischen Vizekonsuls Magee in Guatemala erhoben worden ist, den erforderlichen Nachdruck zu geben. — Das Unterhaus hat die Spezialberathung der Bill zur Regulirung des Ritus beim öffentlichen Gottesdienste erledigt.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 30. Juli.

— Die heutige Nummer der „Prov.-Corr." enthält an ihrer Spitze einen Artikel über „die Gräuel des Bürgerkrieges in Spanien", in welchem sie nach einigen allgemeinen einleitenden Worten Folgendes ausführt:

„Bis jetzt haben die europäischen Mächte den traurigen Wirren in Spanien als ruhige, nicht unmittelbar betheiligte Beobachter zugeschaut. In allen maßgebenden Kreisen herrscht die Ueberzeugung vor, daß es der selbstständigen Lebensthätigkeit jedes Volkes anheim gegeben werden muß, den Gang seiner politischen Entwickelung und die Gestaltung seiner inneren Verhältnisse zu bestimmen. Deshalb haben die Mächte sich gewissenhaft jeder Einmischung in die Angelegenheiten Spaniens enthalten und auch selbst mit der Anerkennung der jeweiligen Regierung in Madrid gezögert, um einen Zeitpunkt abzuwarten, wo die Herstellung regelmäßiger diplomatischer Beziehungen mit einiger Aussicht auf nützliche Wirksamkeit erfolgen könnte. Durch die neuesten Vorgänge ist die Aufmerksamkeit der Diplomatie den Zuständen jenseit der Pyrenäen in lebhafterer Weise zugewandt worden und die europäischen Mächte werden sich der Aufgabe nicht entziehen können, über ihre Stellung in Spanien und ihre aus der gegenwärtigen Sachlage erwachsenden Pflichten in ernste Berathung zu treten. Für Deutschland ist der Eindruck der entsetzlichen Nachrichten aus Spanien noch dadurch empfindlich verstärkt worden, daß die Carlisten einen Reichsangehörigen, den ehemaligen preußischen Artillerie-Hauptmann Schmidt, der auf dem Kriegsschauplatz als militärischer Berichterstatter für die deutsche Presse anwesend war, aufgegriffen und gegen alles Völkerrecht erschossen haben. Aus den Berichten über das Verfahren des sogenannten Kriegsgerichts ist zu ersehen, daß der Unglückliche, obgleich er durch Legitimationspapiere die Unverdächtigkeit seine Person und seiner Beschäftigung nachweisen konnte, als Spion verurtheilt wurde und daß die Grausamkeit seiner Richter namentlich gegen den Deutschen und Protestanten gerichtet war. Man konnte von vornherein annehmen, daß die Reichsregierung bei einer solchen, allen Grundsätzen des Völkerrechts Hohn sprechenden und das deutsche Nationalgefühl tief verletzenden Barbarei nicht unthätig bleiben würde. Andererseits leuchtet ein, daß ein im regelmäßigen diplomatischen Verkehr üblicher Antrag auf Genugthuung hier nicht statthaft sei, da die spanische Regierung für solche Schandthaten nicht verantwortlich gemacht, ihr vielmehr das Zeugniß nicht versagt werden konnte, daß sie alle Kräfte aufbietet, um dem räuberischen Unwesen ein Ziel zu setzen. Mit allgemeiner Befriedigung wurde daher die Nachricht begrüßt, daß das bisher bei der Insel Wight befindliche deutsche Geschwader die Bestimmung erhalten habe, sich an die Nordküste Spaniens zu begeben und dort einige Zeit zu kreuzen. Neuerdings wird gemeldet, daß das erwähnte Geschwader von den bezüglichen Weisungen der Admiralität nicht mehr vor Wight erreicht worden ist und sich wohl auch für die Sendung nach den spanischen Gewässern nicht geeignet erweisen dürfte. Es steht daher in Aussicht, daß ein anderes Geschwader diese Bestimmung erhalten wird. Man darf hoffen, daß die Schritte der Reichsregierung den Anstoß zu einer glücklichen Wendung in den spanischen Zuständen geben werden. Jedenfalls würde das Erscheinen der deutschen Flagge an der Nordküste Spaniens als eine Bürgschaft gelten, daß völkerrechtswidrige Begünstigungen der karlistischen Räubereien nicht ohne scharfe Aufsicht, Leben und Eigenthum deutscher Reichsangehöriger in Spanien nicht ohne Schutz bleiben sollen."

Der Schlußpassus wurde bereits in der Morgennummer telegraphisch mitgetheilt.

— Die „Leipziger Nachrichten" theilen einen angeblich von dem Pfarrer Hauthaler an einen leipziger Verlagsbuchhändler gerichteten Brief mit. Derselbe lautet:

Hochgeehrter Herr! Auf Ihre verehrte Zuschrift und Anfrage vom 22. Juli melde ich Ihnen, daß ich keine Ursache habe, mich über die königlich bairischen Justizbeamten hinsichtlich meiner Behandlung zu beschweren und daß ich es vielmehr dankend an denselben rühmen muß — daß sie meine Besorgniß, die drückende Haft möchte sich in die Länge ziehen, durch eine beschleunigte Geschäftsordnung so bald es ihnen möglich war, gehoben haben. Auch das Dienstpersonal in den Gefängnissen zu Schweinfurt und Kissingen scheint angewiesen zu sein, mir manche durch das Gesetz nicht verpönte Erleichterung zu verschaffen. Daß Sie dem geistlichen Stande, vielleicht besonders den Katholiken mehr gram als geneigt sind, schreibe ich auf Rechnung gemachter Erfahrungen. Ein Mann, wie Sie, handelt und denkt nicht nach Vorurtheilen. Dieses habe ich aus Ihrem verehrten Schreiben entnommen. Unter so manchen Unwahrheiten, welche in den öffentlichen Blättern über meine Affaire zirkulirten, empört mich eigentlich nur eine im höheren Grade, nämlich diese, daß ich mit Kullmann gesprochen haben soll und am meisten, daß diese Unwahrheit von einem Zeugen beschworen wurde. Eine Verworfenheit ohnegleichen. Wenn Sie übrigens sich etwas von meiner Geistesrichtung zu instruiren wünschen, so bin ich so frei, Sie auf mein im Jahre 1857 herausgegebenes Werk: „Moralphilosophie des classischen Alterthums", wovon auch in Leipzig (in welcher Buchhandlung ist mir nicht bekannt) ein Lager von Exemplaren ist, anzuweisen. In Hochachtung

Sigmund Hauthaler, Pfarrer.

Auf die von Beuthen an den Reichskanzler unter dem 17. abgegangene Beileids- und Glückwunsch-Adresse ist folgende Antwort ergangen:

„Berlin, 26. Juli 1874.

„Der Herr Reichskanzler Fürst von Bismarck hat mit lebhafter Genugthuung Kenntniß des geehrten Schreibens vom 17. d. M. genommen, in welchem der Theilnahme an der abermaligen Bewahrung seines Lebens vor Mörderhand Ausdruck verliehen ist und mich beauftragt, für diese Kundgebung den herzlichsten Dank, dessen persönliche Uebermittlung Seine Durchlaucht in Folge ärztlicher Anordnung sich versagen muß, ergebenst auszusprechen. Der Staats-Sekretär des Auswärtigen Amts. gez. v. Bülow.

„Dem Königlichen Landrath Herrn von Wittken Hochwohlgeboren. Beuthen."

— Für die Rheinprovinz ist, wie die „Köln. Ztg." meldet, auf Grund des Art. 3 des Gesetzes vom 21. Mai d. J. wegen Deklaration und Ergänzung des Gesetzes vom 11. Mai v. J. über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen bei allen, gleichviel ob vor oder nach der Rechtskraft des genannten Gesetzes vom 21. Mai d. J. zur Erledigung gekommenen katholischen geistlichen Aemtern, mögen dieselben den Vorschriften der §§ 1—3 des Gesetzes vom 11. Mai v J. zuwider übertragen sein oder nicht, die Beschlagnahme des gesammten Stellenvermögens einschließlich aller Nutzungen, Hebungen und Leistungen verfügt worden. Die Ober-Bürgermeister und Bürgermeister der Stadtkreise sind unter Vorbehalt des Widerrufs zu Kommissarien für die Beschlagnahme und Verwaltung ernannt, und für die Landkreise die Landräthe ermächtigt, unter gleichem Vorbehalt die Bürgermeister der betreffenden Pfarr- und Kaplaneiorte zu Kommissarien für die Verwaltnng und Beschlagnahme zu ernennen, welche unverzüglich die Beschlagnahme unter sorgfältiger Ermittelung und Inventarisirung aller zur Stelle gehörigen Vermögensobjekte, Nutzungen, Hebungen und Leistungen ꝛc. auszuführen und bis zur gesetzmäßigen Wiederbesetzung der Stelle, beziehungsweise bis zur gesetzmäßigen Einrichtung einer einstweiligen Vertretung das Vermögen für Rechnung der Stelle zu verwalten und mit allen Rechten und Pflichten eines Administrators genau Buch zu führen haben.

Minden, 25. Juli. Die „Mind. Ztg." erzählt: Die hausberger Schützen haben in diesem Jahre mit ihrem althergebrachten hübschen Schützenfeste Pech. Zuerst gestattete ihnen die Polizeibehörde der Stadt nicht, am Sonnabend den üblichen Zapfenstreich, mit welchem diesmal ein Fackelzug verbunden werden sollte, zu veranstalten. Dann aber wollte der Herr Landrath das Fest, das seit Menschengedenken am Sonntag, Mittwoch und Freitag und als Nachfeier am folgenden Sonntag gefeiert wurde, auf zwei Tage beschränken, ließ sich aber durch Bitten erweichen und gestattete auch noch die Feier am Freitag. Mehr war nicht zu erreichen, trotzdem die Behörde darauf aufmerksam gemacht wurde, daß der Gesellschaft durch den Wegfall der Nachfeier erheblicher Schaden erwachse, indem sowohl der Restaurateur wie die Musikkapelle für den ihnen entstehenden Verlust die ausbedungene Pacht in Anspruch nehmen würden. Es half alles nichts. Um aber der Musik-Kapelle einen Weg zu ersparen, kündigte die Polizeibehörde derselben an, daß das Fest nicht gestattet werde. Sollte sie aber dennoch wagen zu spielen, so werde sie (die Behörde) die Musik-Instrumente wegnehmen lassen. In ihrer Noth wandten sich die bedrängten Schützen am Donnerstag Abend telegraphisch an den Reichskanzler in Kissingen, gratulirten ihm zu seiner Genesung und baten um die Erlaubniß, ihr althergebrachtes Fest feiern zu dürfen. Schon Freitag Mittag langte telegraphische Antwort an, lautend: „Kissingen, 24. Juli. Ich danke Ihnen für Ihre Glückwünsche und werde mich freuen, wenn Sie eine Nachfeier am Sonntag begehen wollen. Fürst Bismarck". Nun wollen die Schützen ihre Nachfeier halten und einmal sehen, ob Landrath und Amtmann dieselbe inhibiren und die Musikinstrumente, welche Eigenthum des 15. Infanterie-Regiments sind, konfisziren. Die Sache ist interessant und dürfte manchen Fremden am Sonntag nach Hausberge ziehen, um zu schauen, ob die Bismarck'sche Depesche etwas gilt oder nicht.

Detmold, 27. Juli. Bekanntlich hatte am 24. v. M. die ritterschaftliche Korporation das Kabinetsministerium mit Rücksicht auf die Verordnung vom 8. April wegen anderweiter Regelung der Grundsteuer ersucht, die gesetzliche Regelung der betreffenden Fragen bis zu dem Zeitpunkt beruhen zu lassen, von welchem an die verfassungsmäßig erforderliche Mitwirkung des Landtages bei denselben wieder ermöglicht sein werde. Auf diese von uns mitgetheilte Eingabe hat das Kabinetsministerium unterm 15. d. M. Folgendes erwidert:

Wenn die Staatsregierung bei dem Fehlen einer Landesvertretung von der ihr durch § 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 1867 ertheilten Befugniß, Verordnungen mit Vorbehalt späterer ständischer Genehmigung zu erlassen, genöthigt ist, einen umfassenderen Gebrauch zu machen, als es bei geordneten verfassungsmäßigen Zuständen voraussichtlich erforderlich sein würde, so ist sie sich hierbei ihrer vollen Verantwortlichkeit bewußt. Sie kann aber nur der Landesvertretung selbst das Recht zuerkennen, diese Verantwortlichkeit in Anspruch zu nehmen. Die ritterschaftliche Korporation hat auch bisher noch bei keiner der in letzter Zeit erlassenen Verordnungen eine auf konstitutionelle Bedenken gegründete Verwahrung eingelegt. Es ist deshalb nicht recht verständlich, weshalb gerade der Verordnung vom 8. April c. gegenüber die Ritterschaft den Pflichten ihrer Stellung nicht zu entsprechen glauben würde, wenn sie im Interesse der verfassungsmäßigen Rechte des Landtags Verwahrung einzulegen unterließe. Es ist dies um so weniger verständlich, als gerade diese Verordnung in allen wesentlichen Punkten vom Landtage genehmigt ist, und weil bei keiner der erlassenen Verordnungen sich mit größerer Bestimmtheit eine nachträgliche Genehmigung des Landtages voraussetzen läßt, als bei der Verordnung vom 8. April cr Eine neue Katastrirung des Landes ist durch die Gesetzgebung des deutschen Reichs unbedingt nothwendig geworden und konnte nicht länger hinausgeschoben werden, sie ist eine unabweisbare Forderung der Gerechtigkeit und enthält außerdem einen so entschiedenen Fortschritt in der politischen Entwickelung des Landes, daß derselbe von keiner Seite bestritten werden kann. Daß diese Katastrirung erhebliche Kosten verursacht kann freilich nicht vermieden werden. Aber wenn die Ritterschaft meint, es läge eine Abweichung von dem früheren Landtagsbeschlusse darin, daß der Landtag nur einen Kostenbetrag mit fester Maximalgrenze beschlossen habe, während nach dem Promemoria die Höhe der Kosten sich mit Sicherheit nicht bestimmen lasse, so muß hervorgehoben werden, daß, wenn auch in die Verordnung eine solche Bestimmung über die Maximalgrenze der Kosten nicht hineingehört, doch die Staatsregierung sich an dieselbe gebunden hält, und andernfalls die Verantwortung übernehmen müßte. Uebrigens steht es noch dahin, ob dieselbe von dem Rechte einer Anleihe in dieser Höhe Gebrauch machen wird, zumal nach den vorläufigen Besprechungen bei Abschluß des Vertrages mit Preußen voraussichtlich die Kosten schwerlich diese Höhe erreichen werden. Aus allen diesen Gründen glaubt die Staatsregierung durch Erlaß dieser Verordnung dem Interesse des Landes nur genützt zu haben und durfte viel eher erwarten, daß der einsichtige Theil der Bevölkerung dies Vorgehen der Regierung billigen werde, wie denn eine solche Zustimmung auch mehrfach ausgesprochen worden ist. Daß durch diese Verordnung mit ihren für das Land heilsamen Folgen für den Verkehr und den Kredit eine Schädigung des allerdings sehr verworrenen Rechtsgefühls eintreten wird, ist gewiß nicht zu erwarten. Die Staatsregierung sieht sich daher nicht in der Lage, dem Antrage der Ritterschaft nachzukommen und die gesetzliche Regulirung der einschlagenden Fragen bis zum Zusammentritt eines Landtags ruhen zu lassen, oder mit anderen Worten die Ausführung der Verordnung vom 8. April zu sistiren.

Leipzig, 26. Juli. [Sozialistische Studenten.] Nach dem Dresdener „Volksboten" ging bei dem in Koburg abgehaltenen sozialdemokratischen Kongreß unter Anderm auch ein Begrüßungstelegramm aus Leipzig von „Studenten aus allen Ländern" ein. Leider ist auch nach anderen Anzeichen nicht in Abrede zu stellen, daß sozial-demokratische Tendenzen unter einem Theil der in Leipzig Studirenden, namentlich solchen nichtdeutscher Nationalität, sich bemerklich machen.

Wien, 28. Juli. Ueber die bevorstehende Ankunft des Kaisers in Prag ist noch immer nichts Definitives festgesetzt, doch glaubt man allgemein, daß der Kaiser am 7. und 8. September in Prag verweilen und dann erst zu den Manövern in der Nähe von Brandeis abreisen wird. — Wie die „Linzer Tagespost" versichert, sind die Nachrichten, denen zufolge die Untersuchung gegen Bischof Rudigier wegen seiner in Kremsmünster gehaltenen Rede gegen die kirchenpolitischen Gesetze bereits eingestellt wurde, falsch, und ist diese Einstellung bis nun nicht erfolgt, sondern die Voruntersuchung noch im vollen Gange. — Mit der Maßregel, das Jahreseinkommen des

Curatklerus angemessen zu erhöhen, hat die Regierung einen glücklichen Griff gethan. Der Beweis liegt schon darin, das die Episkopate ungeachtet des Odiums, welches sie damit auf sich laden, sich gegen die Maßregel aussprechen. Es paßt den Bischöfen nicht, daß die Pfarrgeistlichen aufhören, Proletarier zu sein. Was der Ultramontanismus braucht, ist eine allmächtige, den staatlichen Armen entrückte Hierarchie, ein niederer Klerus, der am Hungertuche nagt, und eine unwissende bildungslose Bevölkerung. Das Einkommen der Pfarrer war bisher sehr verschieden. Viele Pfarreien sind mit Grund und Boden dotirt, der jeweilige Inhaber der Pfründe hat die Nutznießung gleich einem Fideikommißbesitzer. Benefizien dieser Art sind in der Regel einträglich, manche in so hohem Maße, daß der Besitzer in einigen Jahren sich ein nettes Vermögen ersparen kann, allein sie machen aus dem Pfarrer in der Regel einen Großbauer, dem die Lust zur Erfüllung der oft beschwerlichen Seelsorgerpflichten abhanden kommt. Andere Benefiziaten beziehen blos Jahresgehalte, gleichfalls in sehr verschiedener Höhe; einige von ihnen kamen nicht höher als auf 200 fl. jährlich. Darum wurde die Kongrua eingeführt, die das Minimaleinkommen auf wenigstens 300 fl. ergänzen sollte. Dieses ist aber heute ungenügend. Darum erhöht die Regierung die Kongrua der Landpfarrer auf 800 und 1000, der Stadtpfarrer auf 1200 u. 1400 fl. und führt überdies eine andere Klassifizirung des Curatklerus, nicht in Bezug auf den geistlichen Rang, der den Staat nichts angeht, sondern hinsichtlich des vom Staate bezahlten Einkommens ein, hauptsächlich zu dem Ende, um die Kooperatoren zu beseitigen, die einerseits wahre Sklaven ihres Pfarrers waren, andererseits diesem dennoch lästig fielen, da er sie großentheils aus eigenem Säckel erhalten mußte.

Paris, 27. Juli. Das „Journal des Débats“ würde sich, wie es heute äußert, nicht allzu sehr wundern, wenn sich nächstens an den Pyrenäen eine internationale Schwierigkeit erhöbe. Auch das „Univers“ scheint etwas der Art zu fürchten und sucht durch Frechheit der französischen Regierung und Presse zu imponiren. Gegen einen anticarlistischen Artikel der „Nordd. Allgemeinen Zeitung“ sagt es, dieselbe möge nur bellen, die Carlisten ließen sich nicht stören, und wenn die Preußen Lust hätten, sich in den spanischen Bergen herumzuschlagen, so sollten sie nur kommen, sie würden gut empfangen werden. Es weist im Uebrigen noch darauf hin, daß die Waffen und Munitionen sämmtlich aus England kämen, und stellt dann weiter die Behauptung auf: „Es ist eine abscheuliche Intrigue im Gange; Preußen hat nicht auf Spanien verzichtet und unsere radikalen Blätter dienen seinen Absichten.“ Zu diesen „radikalen“ Organen rechnet das Univers die „Agence Havas“, „die aus Mitschuld oder aus Leichtsinn seit einem Jahre gegen die Anhänger des Don Carlos eine Reihe von ungerechten Verleumdungen schleudert, die zuletzt ihre Wirkung nicht verfehlten.“ Die „Agence Havas“ findet zahlreiche Helfershelfer in der europäischen Presse, welche die fast täglichen Uebertreibungen der „Agence Havas“ noch überbieten; in Berlin braucht man dann diese antipatriotischen Beschuldigungen blos anzusammeln, um sich dereinst das Recht zuzuschreiben, sich in die spanischen Angelegenheiten zu mischen, zumal mit Hülfe der „Agence Havas“ sich in Europa eine Meinung gebildet hat, die Preußen im voraus Recht geben würde. Nachdem das „Univers“ mit solcher frivolen Insinuation das Terrain geebnet, macht es der französischen Regierung Vorwürfe, daß sie mehrere Gendarmerie-Kommandanten der Grenze, als der Parteilichkeit für die Carlisten verdächtigt, abberufen habe; ja, es geht so weit, ihr die Bosheit ins Gesicht zu schleudern: „Aber die Regierung hat niemals ihre wahre Politik erkannt, und es sollte uns gar nicht wundern, wenn sie eine Intervention Preußens wünschte, nicht zwar aus denselben Beweggründen, wie „Debats“, „Temps“, „Rappel“ und „République Française“, sondern aus Ohnmacht und Dummheit. Das „Univers“ fordert schließlich die National-Versammlung auf, die Sache in die Hand zu nehmen, denn es sei nöthig, daß gegen die Anschuldigungen der „Agence Havas“ und gegen Preußens Anmaßung Justiz geübt werde. Wir brauchen unseren Lesern wohl kaum zu sagen, daß die „Agence Havas“ weder radikal noch liberal, noch sonst etwas ist als eine Agentur, die mit Wissen und Zustimmung der französischen Regierung die Nachrichten, die sie für wahr hält, gute und schlimme ohne Ansehen der Tendenz und ohne Kritik, durch den Telegraphen verbreitet. Wer nicht unterdrückt oder verdreht, was die Jesuiten sich nicht scheuen, unter Ihresgleichen zu billigen und zu veranlassen, doch was nicht Jedermann erfahren und wissen soll, der ist ein Radikaler und Preußenfreund.

Der Kardinal Guibert, Erzbischof von Paris, hat nach seiner Rückkehr aus Rom einen Hirtenbrief veröffentlicht, worin sich folgende Stelle befindet:

Jedermann muß heute begreifen, daß die Kirche bei ihrer ungeheuren Ausdehnung nur von einem von jeder weltlichen Macht unabhängigen Papst regiert werden kann. Als die italienische Revolution sich Roms bemächtigtigte, verletzte sie nicht allein die geheiligten Satzungen des Rechtes, sie stellt in der Welt auch ein furchtbares Problem auf, dessen Lösung nur das Mißlingen ihres gotteslästerlichen Unternehmens oder die Unterdrückung der katholischen Kirche, d. h. des Christenthums, sein muß.

Dieser Angriff des Erzbischofs gegen Italien, das man sich in der letzten Zeit auf alle mögliche Weise zu gewinnen sucht, macht hier viel böses Blut. Doch der Marschall Mac Mahon ist ein der Kirche zu ergebener Diener, als daß er es wagen sollte, die bestehenden Gesetze gegen einen ihrer Würdenträger in Anwendung bringen zu lassen. — In Paris organisirt man jetzt Vorlesungen für die Kandidaten zu den Offiziersstellen der Territorial-Armee. Die betreffenden Vorlesungen werden nicht von Offizieren der aktiven Armee, sondern von pensionirten Offizieren abgehalten werden. Ein Exerzierplatz und eine Reitschule sollen für die Kandidaten vorbereit werden. Le Provost de Launay, der als bonapartistischer Kandidat im Calvados, wo am 16. August eine Wahl für die National-Versammlung stattfindet, auftritt, hat ein Rundschreiben an die Wähler gerichtet, worin es heißt:

Ich brauche Sie weder an meine Ergebenheit für die Sache der Religion, des Unterrichts, noch an meine Fürsorge für die Interessen Ihres Ackerbaues, Ihres Handels und Ihrer Industrie zu erinnern. Sie wissen gleichfalls, daß ich aus Ueberzeugung dem Kaiserreich und dem Prinzip der nationalen Souveränetät treu geblieben bin. Aber als Mann der Ordnung und erklärter Feind der unfruchtbaren Agitation glaube ich mit dem Staatsoberhaupt, daß es keine dringlichere Pflicht giebt als die, dem Lande durch regelmäßige Institutionen die Ruhe, die Sicherheit, die Beruhigung, deren es bedarf, zu sichern. Ich werde daher offen und redlich während ihrer ganzen gesetzlichen Dauer die schützende Autorität des berühmten Marschalls Mac Mahon, unparteiischen Depositars der Staatsgewalten und unerschütterlichen Beschützers der Gesellschaft, unterstützen.

Die französische Gesellschaft der „Friedensfreunde“, die ihren Sitz in Paris, Rue de Saints-Pères, hat, schickte dieser Tage unter dem Titel: „Ein Schrei der Menschlichkeit“ nachstehende Adresse an den Präsidenten des brüsseler Kongresses:

An die Herren Delegirten der europäischen Regierungen am Kongreß in Brüssel!

M. H. Wir unterzeichneten Mitglieder der französischen Gesellschaft der Friedensfreunde und heut ihre Delegirten behufs Erfüllung der Aufgabe, die sie sich gestellt hat: die Verurtheilung des angeblichen Eroberungsrechtes sowie die Einsetzung der Schiedsgerichte an Stelle der Gewalt und die Erstreckung der Ideen der Gerechtigkeit und Freiheit auf die internationalen Beziehungen anzustreben, haben die Ehre, Ihre volle Aufmerksamkeit auf folgende Erwägungen zu lenken:

Der Entwurf der brüsseler Konvention, wie die russische Regierung ihn darlegt, hat allen Denjenigen, welche wie wir, die jüngsten Kundgebungen der öffentlichen Meinung in der alten und neuen Welt gesammelt hatten und hofften, daß die Häupter der Nationen sich nach ihnen richten würden, die tiefschmerzlichste Ueberraschung bereitet. Man erklärt sich mit Mühe, daß eine erleuchtete Regierung noch daran denkt, den Kriegszustand in Regeln zu fassen, welcher den Ländern, auch die siegten, so unheilvoll ist, während der Augenblick gekommen wäre, den Grund zu einem internationalen Gesetze zu legen, das darauf hinzielt, die Wahrscheinlichkeit blutiger Kollisionen zu vermindern und vielleicht in einer näheren oder ferneren Zukunft die Beständigkeit des Friedens zwischen den Völkern zu sichern. Alles forderte die russische Regierung auf, ihren Ehrgeiz so weit zu erheben und es scheint, daß dieser große Plan für sie nicht zu groß war, da sie ihm aber nicht gerecht geworden ist, beschwören wir jede am Kongreß vertretene Regierung, im Verlauf der Verhandlungen mit dem Gegenprojekt aufzutreten, dessen Geist wir soeben angedeutet haben und dessen Buchstaben sie in dem am 17. Juni l. J. von der Repräsentantenkammer der Vereinigten Staaten votirten Beschlusse finden wird. Wir beschwören insbesondere die italienische, englische und schwedische Regierung, welche nie eine feierlichere Gelegenheit finden werden, die vor dem amerikanischen Beschluß von den Parlamenten von England, Italien und Schweden auf die ruhmreichen Motionen der Herren Henry Richard, Mancini und Jonas Jonasson geäußerten Wünsche zu verwirklichen.

Wenn dessen ungeachtet die verschiedenen, am Brüsseler Congreß vertretenen Regierungen vor einer wahrhaft heiligen Aufgabe, deren Erfüllung nur von ihnen abhängt, zurückwichen und sich darauf zu beschränken beabsichtigten, den Kriegszustand zu ordnen, so hoffen wir wenigstens um ihrer Ehre willen, daß sie nur die auf die Gefangenen und Verwundeten bezüglichen Artikel des Projekts beibehalten und alle Diejenigen verwerfen werden, welche die Idee der Gerechtigkeit zu entstellen trachten, indem sie für den Stärkeren Schutz, gegen den Schwächeren Vorsichtsmaßregeln ergreifen, indem sie die Gewaltthätigkeit des Siegers zum Recht, die dem Besiegten auferlegte Nothwendigkeit zur Pflicht erheben.

Nach unserer Ansicht, nach der ewigen Ansicht Derer, die ein Vaterland zu haben verdienen, verletzt der Eindringling heilige Rechte, ohne solche auf dem fremden Boden, den er als Gebieter besetzt hält, üben zu können; der Ueberfallene hingegen hat nur noch eine, eine gebieterische Pflicht gegen sich und sein Land zu erfüllen, die Pflicht, den Eindringling zurückzudrängen. Und das menschliche Gewissen hat nie den mehr spitzfindigen als wahren Unterschied gemacht, welchen das Projekt zwischen Soldat und Bürger aufstellt. Es hat aber zu Beiden gesagt: „Vertheidigt Euer Vaterland mit allen Mitteln, zu welchen sich die Ehre bekennt.“

Sollte es etwa heut in Europa eine Regierung geben, die nach Eroberungen dürstet und die, weil sie sich dieselben künftig leichter machen möchte, als bisher, darauf sinnt, zu ihren Gunsten die gebieterischen Vorschriften des menschlichen Gewissens zu ändern. In diesem Falle, m. H. würde die Ihrem Gutachten unterbreitete Convention ihr erlauben, allen Patriotismus zu neutralisiren, so daß die aus Mäßigung oder Interesse friedlichster zugleich aber auch auf ihre Unabhängigkeit eifersüchtigster Nationen darauf angewiesen wären, sich ihr ganz organisirt auszuliefern, noch ehe sie besiegt worden sind.

Nein, das darf nicht sein! Keine der am Brüsseler Congreß vertretenen Regierungen wird die ruchlose Lehre sanctioniren dürfen, daß es für die nicht ins Heer eingereihten Bürger eines vom Feinde überfallenen Landes eine strenge Pflicht ist, sich dem Thun des Eindringlings nicht zu widersetzen, im Gegentheil sofort in seinen Dienst zu treten, ihm durch ihre Mitwirkung zu der definitiven Eroberung zu verhelfen, in einem Wort, dem Verheeren ihres Vaterlandes die Hand zu bieten. Genehmigen Sie u. s. w.

Für die Gesellschaft der Friedensfreunde,
der Verwaltungsrath:

A. Franck, Mitglied des Instituts, Professor des Völkerrechts am College de France, Vicepräsident der Gesellschaft. H. Bellaire, Generalsekretair. Ch. Renouard, Generalprokurator am Cassationshof. Ch. Fauvety, Gagneur, Mazeau, Ducuing, Abgeordnete. Lichtenberger, Pastor u. A.

Neunter deutscher Journalistentag.

Zweiter Tag.

Baden-Baden, 27. Juli.

Die zweite Hauptversammlung wurde heute Vormittag 9 Uhr von dem Vorsitzenden, Herrn Dr. Friedensburg, eröffnet. Nachdem der Vorsitzende des Lokalkomité's Mittheilungen gemacht über die projektirten Ausflüge nach Straßburg, Sommerau und Karlsruhe, wird die Präsenzliste verlesen. Hr. Dr. Schricker ist erschienen und stattet seinen Dank für die gestern auf ihn gefallene Wahl ab. Der Vorsitzende erklärt: Indem der Journalistentag gestern sich für Gründung eines besonderen telegraphischen Bureau's erklärte, aber es ablehnte, ein bestimmtes Bureau zu empfehlen, sei das Mißverständniß entstanden, daß dadurch das Klausner'sche Bureau verurtheilt sei. Der gestrige Beschluß war aber nichts als die Kundgebung eines non liquet. Man kannte die Verhältnisse dieses Bureau's nicht, konnte deshalb also weder eine Empfehlung noch eine positive Verurtheilung aussprechen.

Zur Berathung steht zunächst der Antrag des Herrn Wilh. Singer (Presse, Wien):

„I. Die Assoziation der Angehörigen der deutschen Presse „wird im Prinzip genehmigt.

„II. Es ist eine Kommission, bestehend aus fünf Mitgliedern, „zu wählen, welche dem nächsten Journalistentage hierüber Be„richt erstatten und einen Statuten-Entwurf vorlegen soll.“

Herr Singer befürwortet seinen Antrag. Er wolle dem Journalistentage nicht zumuthen, daß derselbe sich schon jetzt mit der Wesenheit seines Antrages beschäftige; zur Ausarbeitung von Statuten war die Zeit von der letzten Ausschußsitzung, die ihn zu dem Antrag bevollmächtigt habe, bis jetzt zu kurz. Daß eine Assoziation wie die beantragte nothwendig, brauche nicht weitläufig bewiesen zu werden; wenn die Künstler und andere Kategorien, die auf geistigem Gebiete arbeiten, mit Erfolg sich einigten, warum soll das uns nicht gelingen? Sprechen Sie einstimmig die Bildung einer Assoziation aus und überlassen Sie es einer Kommission von fünf Mitgliedern, dem nächsten Journalistentage einen Statuten-Entwurf vorzulegen.

Wislicenus (Leipzig): Der vorgeschlagene Weg sei ihm zu langsam. Seit Jahren wolle man eine Altersversorgungsanstalt gründen, bis jetzt sei aber nichts geschehen; das komme daher, weil unsere Beschlüsse nicht bindend seien, weil wir in allen wichtigeren Fragen, welche Thatkraft verlangen, in der Luft schweben. Man schreite daher zu festen Organisationen. Herr Wasner wolle in seinem dem Journalistentage in einer Broschüre mitgetheilten Antrag Auflösung des Journalistentages in der jetzigen Form und Bildung einer freien Genossenschaft; das gebe aber nicht an. Es würde dies ein Verdikt bilden gegen Alles, was bisher gethan sei. Der Journalistentag habe trotz Allem, was gegen ihn gesagt werde, eine große Bedeutung, obwohl er in den meisten Fällen nur Anregungen geben könne. Er stimme dem Antrag Singer mit der Maßgabe zu, daß Diejenigen, welche ein Interesse an der Sache haben, dieselbe sofort in die Hand nehmen. Es sei gar nicht so schwer, eine Genossenschaft zu bilden. Auf den Namen (Schriftstellerverein oder Journalisten-Genossenschaft ꝛc.) komme es nicht an.

Lecher (Wien): Der Journalistentag sei deßhalb nicht so wirksam als er sein könnte, weil er stets nach guter, alter, deutscher Art aus jedem konkreten Fall eine allgemeine Frage mache und dadurch zu nichts komme. Anstatt sich auf positiven Boden zu stellen, wolle man Alles auf ein Mal erreichen, und erreiche schließlich nichts. Durch ewige Kommissionen und Delegationen komme man nicht zum Ziele. Gründen Sie frischen Muthes ohne Zaudern einen Journalistenverein zu Altersversorgungen und Sie werden eben so gut reussiren, wie die Schauspieler; aber hüten Sie sich die Sache zu verallgemeinen und den Kampf zwischen Verlegern und Redakteuren hereinzuziehen. Die „Concordia“ in Wien habe eine größere Macht als alle Verleger zusammen, aber nur dadurch, daß sie sich auf konkreten Boden gestellt und 15 Jahre in Vertretung der Standes-Interessen gearbeitet habe. Wenn Sie aber eine Assoziation gründen gleich mit zehn verschiedenen Zielen, dann werde bei der laxen Organisation der Verein in der Luft schweben. Redner warnt wiederholt, Verleger und Drucker als feindliche Personen zu betrachten; Kompromisse führen weiter als Krieg.

Singer: Eine Differenz bestehe eigentlich nur über die Art der Ausführung. Hauptsache sei die Altersversorgung, andere Ziele werden sich von selbst ergeben. Der Journalistenverein könne ganz gut neben dem Journalistentag bestehen. Redner schließt sich sodann den Warnungen Lecher's an.

Schricker (Straßburg): Vor allen Dingen komme es auf die Beschaffung von Kapital an; diese materielle Frage bedinge zugleich eine Assoziation. Die Frage, wer mitthue, könne schon heute entschieden werden.

Wagner erbietet sich als Verleger, einen größeren Beitrag zum Fond zu zeichnen (Beifall), und bittet den Verlegern gegenüber keine polemische Stellung einzunehmen

Wasner (Posen) bestreitet, daß seine Broschüre Zwiespalt stiften wolle.

Stein (Breslau): Der Journalistentag solle die Anregung zur Assoziation geben und werde, wenn letztere mit besonderen Statuten sich konstituirt habe, daneben fortbestehen und die Hauptsache bleiben; es würde auch kein Unglück sein, wenn die Assoziation so zunähme, daß schließlich sie den Journalistentag in den Hintergrund drängte.

Dannenberg (Hamburg) stellt folgenden Antrag:

„Der Journalistentag erklärt zur Beförderung der Inter„essen des deutschen Journalistenstandes ein engeres Zusam„mengehen desselben in Form einer Genossenschaft für noth„wendig und fordert seine Mitglieder auf, derselben beizu„treten. Zur Entwerfung eines Statuts, sowie zur Vor„nahme der sonstigen Vorarbeiten ernennt der neunte Jour„nalistentag eine Kommission von 5 Personen mit dem Rechte „der Cooptation und ertheilt derselben den Auftrag, bald„möglichst nach Beendigung der Vorarbeiten eine konstitui„rende Versammlung einzuberufen.

Schricker beantragt folgende Einschaltung zu dem vorstehenden Antrag:

„Zweck einer solchen Assoziation ist zunächst die allmählige „Beschaffung eines Kapitals, welches dienen soll zur Altersver„sorgung der Journalisten und zur Versorgung der Wittwen „und Waisen der Journalisten.“

Dannenberg befürwortet seinen Antrag, der Alles das enthalte, was in der Debatte als wünschenswerth und nothwendig sich herausgestellt habe. Sorgfältig zu erwägen werde noch sein die Bedingung der Aufnahme; auch Juristen würden konsultirt werden müssen.

(Die Debatte wird geschlossen.)

Singer schließt sich dem Dannenberg'schen Antrag, der die Grundgedanken des seinigen wiedergebe, an; Wislicenus und Wasner ziehen ihre Anträge zu Gunsten des Dannenberg'schen zurück.

Bei der Abstimmung wird zunächst die Frage, ob eine Assoziation zu gründen sei, einstimmig bejaht. Mit sehr großer Majorität wird sodann der Antrag Dannenberg nebst dem Amendement Schricker angenommen.

Der Kletke'sche Antrag, den Nachdruck betreffend, wird nun abermals zur Debatte gestellt und, nachdem sämmtliche Zusatzanträge abgelehnt worden, pure genehmigt und Dr. Kletke beauftragt, die zur Ausführung des Antrags nöthigen Schritte einzuleiten.

Nach einer kurzen Pause wird auf Antrag von Straßer (Temesvar) beschlossen, Berlin als Domizil der Kommission für die Journalisten-Association zu bestimmen, und es werden in die Kommission folgende 5 Mitglieder aus Berlin gewählt: Kletke, Davidsohn, Harrwitz, Holdheim und Steinitz. Nach dem Vorschlag Dannenbergs beschließt die Versammlung, die Kooptation auswärtiger Mitglieder der Kommission zu überlassen.

Wir schalten hier ein, daß die Kommission sich unmittelbar nach der heutigen Sitzung konstituirte und Kletke zum Vorsitzenden und Holdheim zum Schriftführer wählte. Sie kooptirte alsdann: Dannenberg und E. Richter aus Hamburg, Wislicenus aus Leipzig, Wagner aus Braunschweig, Wilhelm Singer (Presse) aus Wien und Schricker aus Straßburg. — Im nächsten Monat, wenn die Mitglieder von ihren Reisen zurückgekehrt sein werden, wird die Kommission an die Erfüllung der ihr gestellten Aufgaben gehen.

Friedensburg referirt alsdann über den Antrag des ständigen Ausschusses, betreffend Abänderungen der Statuten, und übergiebt inzwischen den Vorsitz Herrn Dr. Schricker.

Friedensburg motivirt die vorgeschlagenen Aenderungen und bezeichnet als Grundgedanken des Journalistentages eine Vereinigung nicht blos der Personen, sondern der Zeitungen; auf diesem Boden beruhe der vorgelegte Entwurf. Volckhausen widerspricht diesem Grundgedanken. Er will das Gegentheil: Vertretung der Personen und nicht der Zeitungen. Gerade die jetzige Organisation mache den Journalistentag kraftlos. In der Debatte, welche sich hieran knüpft, wird Volckhausen nur von Wasner unterstützt, während Wagner, Lecher, Steinitz, Davidsohn, Straßer und Kletke ihn bekämpfen.

Lecher verweist auf die Entstehung der „Concordia“ in Wien, welche durch strammeres Zusammenfassen größere Erfolge erzielt habe. Eine Vertretung der Zeitungen als solche übe in Fällen, wo es darauf ankomme, etwas Wichtiges durchzusetzen, größeren Einfluß, als die Verbindung einzelner Journalisten; auch liege eine gemeinsame Verbindung der Journale im Interesse der Journalisten selbst. Er schlägt en bloc-Annahme der vorgelegten Statuten-Aenderungen vor. Wenn wir unsere bisherige Basis umstoßen, wissen wir nur, was wir zerstört haben, nämlich gute Keime und Saattriebe, nicht aber, was wir schaffen werden. Hahndorf (Kassel) will, daß die Zeitungen nur durch wirkliche Journalisten vertreten werden sollen, damit nicht etwa Buchdrucker ꝛc. eventuell das Uebergewicht erhalten. Kletke meint, nach der Annahme der Anträge von Volckhausen und Wasner würde dies der letzte Journalistentag sein. Er könne nicht in den Geldbeutel des Verlegers greifen, aber für die Beschlüsse, denen er zustimmt, stehe er als Redakteur ein. Und nicht er allein, sondern eine ganze Gruppe von Mitarbeitern, die charaktervoll genug wären, um seine Beschlüsse mit ihm zu vertreten. Wenn er abstimme, stimme er also für einen ganzen Kreis ab, der mit ihm übereinstimme. Redner macht endlich noch darauf aufmerksam, daß Geldbeiträge leichter von Zeitungen, als von Einzelnen fließen. Bei der Abstimmung wird, nachdem die Anträge von Volckhausen, Hahndorf und Straßer (letzterer beantragt statt „Vertreter deutscher Zeitungen und Zeitschriften“ im § 1 zu setzen: „Vereinigung deutscher Zeitungen und Journalisten“) abgelehnt worden, das revidirte Statut des deutschen Journalistentages en bloc unverändert angenommen.

Stein (Breslau) referirt über die Frage: „Wie stellt sich der Journalistentag zur Angelegenheit der Anstellung besonderer Redakteure für den Inseratentheil der Zeitungen?“ Referent ist der Ansicht, daß die Sache der Entscheidung jeder Zeitung zu überlassen sei; der Journalistentag könne nur eine Empfehlung, höchstens eine Warnung aussprechen. Die Anstellung eines besonderen Inseraten-Redakteurs sei freilich eine Erleichterung für den politischen Redakteur, der nun nicht mehr verantwortlich sei für Lotterie-Anzeigen, für gewisse ärztliche und verfängliche literarische Inserate, aber es werde doch

dafür zu sorgen sein, daß der politische Redakteur eine gewisse Macht über den Inseraten-Redakteur behalte, da letzterer vorwiegend die materiellen Interessen berücksichtigen und leicht die politische Tendenz der Zeitung schädigen werde. — Auf Antrag von Steinitz wird der Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Tagesordnung ist nunmehr erschöpft und der Vorsitzende, Herr Dr. Friedensburg, nimmt das Wort, um auf die wichtigen Berathungen der beiden letzten Tage hinzuweisen. Wenn es sich auch nur um Sonderinteressen der Journalisten handelte, so stehen dieselben doch mit den Gesammtinteressen im Zusammenhang und können auf einen vollberechtigten Platz in den Kulturbestrebungen der Nation Anspruch machen. Die von dem Journalistentag gegebenen Anregungen werden nicht verloren, sondern Keime gesunder Früchte sein. Den wärmsten innigsten Dank spricht der Vorsitzende Denen aus, die unsere Arbeiten durch eine gastliche Liebenswürdigkeit ohne Gleichen zu verschönern bemüht waren. Die Tage von Baden werden uns Allen unvergeßlich sein. Dank, herzlicher Dank gebühre den Gemeindebehörden von Baden, dem Kurkomité, das uns so reiche und schöne Kunstgenüsse spendete, dem großherzoglichen Handelsministerium, der Direktion der badischen Verkehrsanstalten für die Liberalität der Bewilligung eines Zuges nach Straßburg und eines zweiten Extrazuges nach dem Schwarzwald. Dank ferner den einzelnen Mitgliedern des Lokalkomite's für ihre aufopfernde liebenswürdige Thätigkeit, Dank endlich der J. Hoßmannschen Offizin für die freundliche Bereitwilligkeit, mit welcher dieselbe die Arbeiten des Journalistentages unterstützt hat. Durch Erhebung von den Sitzen und lebhaftem Beifall tritt die Versammlung diesem Dankvotum bei. — Dem Präsidium und dem Bureau spricht sodann die Versammlung Dank für die Leitung der Geschäfte aus.

Dr. Friedensburg erklärt nunmehr den neunten deutschen Journalistentag für geschlossen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 30. Juli.

r. Zu der Stelle eines besoldeten Stadtraths, welche neu besetzt werden soll, haben sich bis jetzt 30 Bewerber gemeldet. Das Gehalt ist mit Zustimmung der königlichen Regierung auf 1500 Thlr. festgesetzt.

r. In Betr. der Verlegung des Lehrer-Seminars von hier nach Rawicz brachten wir gestern die Mittheilung, daß der Oberbürgermeister Kohleis einen Protest gegen dieselbe an den Kultusminister gerichtet habe. Diese Mittheilung ist insofern nicht richtig, als vielmehr der Oberbürgermeister Kohleis beim Herrn Oberpräsidenten Günther den Antrag gestellt hat, für den Regierungsbezirk Posen unter Aufhebung seiner 3 Konfessions-Seminare mit Internat ein einziges großes königliches Simultan-Lehrer-Seminar mit Externat und zwar in der Stadt Posen zu errichten. Das Weitere geht aus folgendem, in der gestrigen Stadtverordnetensitzung zur Verlesung gebrachten Anschreiben des Oberbürgermeisters Kohleis hervor:

Die beiden hiesigen deutschen Zeitungen enthalten die Notiz, daß die ministerielle Genehmigung zur Verlegung des hiesigen Lehrer-Seminars nach Rawicz hier eingetroffen sei. Ich habe keinen Grund, die Richtigkeit dieser Notiz in Zweifel zu ziehen, welche geeignet genug ist, die Besorgniß der Bürgerschaft zu erregen und die Aufmerksamkeit der städtischen Behörden herauszufordern. Deshalb halte ich mich jetzt für verpflichtet, einem hochgeehrten Magistrat und einer hochgeehrten Stadtverordnetenversammlung gehorsamst Kenntniß von einem Schritte zu geben, welchen ich, zum Theil bestimmt durch den Hinblick auf die Möglichkeit einer solchen staatsseitig ventilirten Verlegungs-Idee, vor einiger Zeit gewagt habe. Bei dem sehr nahen Interesse, welches für mich, als dem königlichen Inspektor des hiesigen niederen Schulwesens mit einer gesunden Weiterentwickelung der öffentl. Volksschule in unserer Stadt verknüpft ist, und bei dem nicht weniger nahen Interesse, welches ich als Vorsitzender des Kuratoriums der hiesigen städtischen Realschule an einer gesunden Entwickelung des höheren Schulwesens in unserer Stadt nehmen darf, hielt ich es am Orte und an der Zeit, dem Herrn Oberpräsidenten der Provinz Posen unterm 20. Juni d. J. in einem Promemoria Vortrag über unsere Schulbedürfnisse zu halten. Wenn auch die allgemeinen Prinzipien, welche ich in dem Promemoria zu vertreten mich bemühte, unwillkürlich mich über die engeren Grenzen der hiesigen städtischen Bedürfnisse hinaus zu weiteren Anträgen bezüglich der Provinz führen mußten, so geht doch die Begründung meiner Anträge im Wesentlichen von den, in unserer Stadt gemachten Erfahrungen aus, sowie auch die Anträge selbst in ihren Kernpunkten mit den eigensten Interessen unserer Stadt sich identifiziren. Es wird daher den hochgeehrten Behörden unserer Stadtgemeinde gewiß von Interesse sein, gefälligst zu erfahren, daß ich in jenem Promemoria den Antrag gestellt habe, 1) für den Regierungsbezirk Posen unter Aufhebung seiner 3 Konfessions-Lehrer-Seminare mit Internat ein einziges großes königliches Simultan-Lehrer-Seminar mit Externat und zwar in der Stadt Posen zu errichten; 2) für die Stadt Posen die Zahl der königlichen Gymnasien von 2 auf 4, oder doch wenigstens auf 3 zu bringen und sie sämmtlich simultan zu organisiren. — Vielleicht werden die hochgeehrten städtischen Behörden in diesen meinen Anträgen ad 1) einen geeigneten Ausgangspunkt finden, um ihre Meinung bei der königlichen Ober-Schulverwaltung in das Gewicht fallen zu lassen und damit zugleich das Interesse unserer Stadt zu fördern. Für die Stadt Posen kann es nicht gleichgültig sein, ein Staatsinstitut nach dem andern aus ihrem Weichbilde nach anderen Städten und Provinzen auswandern zu sehen. Kaum hat die Hauptstadt der Provinz Posen den Verlust der königlichen Generalkommission zum Vortheil der kleinen pommerschen Stadt Stargard zu beklagen erhalten, und schon soll die Gefahr eines neuen Verlustes durch Aufhebung eines königlichen Lehrer-Seminars ihr erwachsen. Die hiesigen Gemeindebehörden sind meines gehorsamsten Erachtens verpflichtet, zu Abwendung dieser Gefahr das Ihrige zu thun. Ich stelle gefälliger Prüfung anheim, ob es sich zu diesem Zwecke außer anderen Schritten vielleicht empfehlen würde, meinem oben genannten Antrage ad 1) durch Zustimmung oder in sonst geeignet erscheinender Weise Unterstützung zu gewähren.

Wir bemerken hierbei, daß diese Vorlage wegen der Beschlußunfähigkeit des Magistrats in der Sitzung am Dienstage der magistratualischen Beschlußfassung bis zur gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr unterzogen werden konnte.

r. **In der Stadtverordneten-Sitzung** am 29. Juli waren von 28 Mitgliedern, welche gegenwärtig die Versammlung zählt, nur 11 anwesend, so daß demnach dieselbe nur über diejenigen Gegenstände der Tagesordnung Beschluß fassen konnte, welche bereits auf der Tagesordnung der vorhergehenden, beschlußunfähigen Versammlung (am vorigen Mittwoch) gestanden hatten. Der Magistrat war vertreten durch den Oberbürgermeister Kohleis, den Bürgermeister Herse und die Stadträthe v. Chlebowski und Rump. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, machte der stellvertretende Vorsitzende, Kommerzienrath B. Jaffe einige geschäftliche Mittheilungen. Der Magistrat tritt der von der Versammlung beschlossenen Abänderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung in allen Punkten bei. Es wird alsdann in die Tagesordnung eingetreten.

In Betreff der anderweiten Besetzung des Stadt-Inspektorats, welches seit dem Ableben des früheren Stadtinspektors Seidel provisorisch verwaltet wird, theilt Kaufmann Löwinsohn Folgendes mit: Der Magistrat beabsichtigt, die Stelle des früheren Stadtinspektors, dessen Thätigkeit sich auf Bauwesen, Armenwesen, Straßenwesen und allgemeine Verwaltungsgegenstände erstreckte, aufzuheben und die Geschäfte desselben an die verschiedenen Büreaus resp. an einige städtische Beamte zu vertheilen. Danach würde das Straßenwesen, sowie die Sachen der allgemeinen Verwaltung dem Marstallschaffner Albold zufallen, welcher alsdann den Namen eines Straßenmeisters führen und anstatt bisher 350 nunmehr 550 Thlr. Gehalt beziehen würde. Das Bauwesen würde dem Baubüreau zu überweisen sein, und hätte der technische Assistent Kahle für die ihm erwachsende Mühewaltung statt bisher 450, 600 Thlr. zu erhalten; das Armenwesen wäre dem Lazarethinspektor Toporski zu überweisen, dessen Gehalt alsdann von 750 auf 800 Thlr. zu erhöhen wäre. Kaufmann Löwinsohn spricht sich im Namen der Finanzkommission gegen diese Aenderung aus, und ist für Beibehaltung des Stadt-Inspektorats in der bisherigen Form, da es wünschenswerth sei, in dem Stadtinspektor einen Beamten zu besitzen, welcher den Magistrat der Polizei gegenüber in vielen Punkten vertrete; überdies werde durch die projektirte Neuerung an Kosten nichts erspart; nur die Ueberweisung des Armenwesens an den Lazarethinspektor empfehle sich als zweckmäßig. — Justizrath Tschuschke beantragt, die Beschlußfassung über diese wichtige Angelegenheit zu vertagen, da die Versammlung so wenig zahlreich besucht sei. — Bürgermstr. Herse weist darauf hin, daß der Magistrat nach reiflicher Ueberlegung in einer Sitzung, welcher 11 Mitglieder beigewohnt, einstimmig den Beschluß gefaßt, die Geschäfte des früheren Stadtinspektors in der angegebenen Weise zu vertheilen; da nun in der heutigen Stadtverordnetensitzung gleichfalls nicht mehr als 11 Mitglieder anwesend seien, so werde es sich empfehlen, die Angelegenheit zu vertagen. — Es wird darauf von der Versammlung der Vertagungsantrag des Justizraths Tschuschke angenommen. — Damit wird auch der zweite Gegenstand der Tagesordnung: Bewilligung von Gratifikationen für die bisherige provisorische Vertretung der Stadtinspektor-Stelle, vertagt.

Ueber die Feststellung des Etats der Gas- und Wasserwerke pro 1874/75 berichtet Kaufmann Sal. Briske. Zuvor hebt Kaufmann R. Asch, Mitglied der Direktion der Gas- und Wasserwerke hervor, daß der Etat, wie er der Versammlung zugegangen, nicht derselbe sei, den die Direktion der Gas- und Wasserwerke entworfen; es seien vielmehr vom Magistrat manche Aenderungen darin vorgenommen, namentlich die Gehaltserhöhungen resp. Wohnungszuschüsse für die Beamten der Gas- und Wasserwerke, nicht in der von der Direktion beantragten Höhe aufrecht erhalten. — Oberbürgermeister Kohleis weist darauf hin, daß nur die etatsmäßig angestellten städtischen Beamten Wohnungszuschüsse erhalten, und daß bis jetzt die Beamten der Gas- und Wasserwerke noch nicht als solche gelten. Es sei demnach von dem Magistrat für diejenigen Beamten dieser Anstalten, welche keine freie Wohnung haben, statt des von der Direktion beantragten Wohnungsgeld-Zuschusses von 75 Thlr. in dem Etat nur eine Gratifikation von je 50 Thlr. aufgestellt. — Es wird darauf die Vertagung der Angelegenheit beantragt, jedoch dieser Antrag abgelehnt. Alsdann wird in die Verlesung der einzelnen Positionen des Etats eingetreten, und dabei den drei Assistenten gemäß dem Magistratsantrage eine Gratifikation von je 50 Thr. bewilligt; der Antrag der Direktion, die Gehälter dieser drei Beamten dauernd um je 75 Thlr. zu erhöhen, wird abgelehnt. — In Einnahme und Ausgabe balancirt der Etat der Gasanstalt mit 139,385 Thlr., der Etat der Wasserwerke mit 30,653 Thlr.

Die Niederlassung des Hausbesitzers S. Reinstein wird genehmigt. — Der fünfte Gegenstand der Tagesordnung: Bewilligung einer Erziehungsbeihilfe für die Kinder der Wittwe des verstorbenen Mittelschullehrers Bienwald, wird vertagt, da der Referent nicht anwesend ist. — Ebenso wird der Antrag, betr. das Ausscheiden des Stadtverordneten R. Asch als Mitglied der Direktion der Gas- und Wasserwerke vertagt; ferner die Normirung der von dem Realschullehrer Fabisz wöchentlich pflichtmäßig zu ertheilenden Lehrstunden.

In Betr. der Verrechnung der im Jahre 1874 für den Druck des Realschul-Programms entstandenen Mehrausgabe theilt Kaufmann Löwinsohn mit, daß die Summe von 80 Thlr., welche etatsmäßig für den Druck des Programms bestimmt sei, in diesem Jahre durch den Abdruck einer wissenschaftlichen Abhandlung um 45 Thaler überschritten worden, daß aber nach einem Abkommen mit dem betreffenden Buchdruckerei-Besitzer diese Mehrausgabe beim Drucke des Programms im nächsten Jahre in Rechnung gebracht werden solle. Die Versammlung ist mit dieser Verrechnung einverstanden. — Ebenso wird die Ablösung des Grundzinses Stadt Nr. 18/19 in Höhe von 1 Thlr. 6 Sgr. genehmigt. — Die Angelegenheit der Vorbereitung der Wahl eines besoldeten Stadtraths wird vertagt. Ebenso der freihändige Verkauf eines Theils des alten Theater-Inventars, sowie die Festsetzung des Verpflegungssatzes für die hiesigen Polizei-Gefangenen pro 187475,

Ueber die eventuelle Uebernahme der Bismarckstraße durch die Stadt berichtet Maurermeister Hesselbein. Danach hat die Direktion der Baubank schon jetzt die Uebernahme der Straße Seitens der Stadt behufs Aufnahme einer Anleihe beantragt. Da jedoch noch nicht alle von der Stadt gestellten Bedingungen: vollständige Bebauung des Eckgrundstückes St. Martin und Erhöhung der Höfe, erfüllt sind, so beantragt der Magistrat erst dann die Uebernahme der Straße, wenn auch diese Bedingungen erfüllt seien. Auf Befürwortung der Baukommission schließt sich die Versammlung dem Magistratsantrage an.

In Betreff der Bewilligung einer Beihilfe für die Kosten des bevorstehenden Provinzial-Landwehrvereins-Festes theilt Kaufmann Löwinsohn mit, daß das Festkomite um Bewilligung einer Beihilfe von 300 Thlr. gebeten, Magistrat jedoch nur die Gewährung von 200 Thlr. beantragt habe. Die Finanzkommission befürwortet die Bewilligung dieser Summe, da die Landwehrvereine in unserer Provinz die anerkennenswerthe Aufgabe erfüllen, alle Nationalitäten und Konfessionen zu vereinigen. Die Versammlung tritt demgemäß dem Magistratsantrage bei.

Ueber die Bewilligung der Kosten zur Weiterlegung von Asphaltröhren für die alte Quellenleitung berichtet Maurermeister Hesselbein. Magistrat beantragt zu dem angegebenen Zweck die Bewilligung einer Summe von 2500 Thlr., wofür die Röhren von der Garnisonkirche bis zum Rathhausbrunnen weitergelegt werden sollen. Da jedoch sich in der Versammlung Zweifel darüber erheben, ob sich die Asphaltröhren bewähren werden, so wird die Angelegenheit vertagt, und der Wunsch ausgesprochen, daß der Magistrat ein detaillirtes Gutachten über die Asphaltröhren abgeben möge. — Bei dieser Gelegenheit wird die Frage an den Magistrat gerichtet, woher besonders im oberen Stadttheile gegenwärtig so häufig in den oberen Stockwerken das Wasser ausbleibe. Diese Frage wird dahin beantwortet, daß der Wasserkonsum bei der gegenwärtigen Hitze ein ganz außerordentlicher sei, so daß faktisch die Wasserwerke an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt seien.

In Betreff der Anstellung dreier Lehrer an der Mittelschule theilt Buchhändler Türk Folgendes mit: Da sich gegenwärtig eine günstige Gelegenheit bietet, die in dem Lehrerpersonal der Mittelschule durch Abgang tüchtiger Kräfte (der früheren Lehrer Hecht, Hubert zc.) entstandenen Lücken auszufüllen und überdies der Lehrplan der Schule, entsprechend den allgemeinen Bestimmungen vom Jahre 1872 durch Einführung des englischen Sprachunterrichts erweitert und eine Selekta aufgebaut werden soll, so beantragt der Magistrat auf warme Befürwortung des Dirigenten der Mittelschule die Anstellung folgender Lehrer: des Rektors Gericke (bisher an der k. Luisenschule), der schon gegenwärtig an der Anstalt mit vielem Erfolge den englischen Sprachunterricht ertheilt, mit 700 Thlr. Gehalt, 100 Thaler Wohnungsgeldzuschuß und 200 Thlr. persönliche Zulage, und mit der Stellung vor dem bisher ersten Lehrer der Anstalt, Kasprowicz; ferner des Lehrers Böttcher (bisher an der Pupke'schen höheren Töchterschule), welcher gegenwärtig bereits an Stelle des verstorbenen Lehrers Bienwald den Gesangunterricht an der Anstalt ertheilt und eine mehr als ausreichende Qualifikation besitzt, mit Ertheilung der 6. vakanten Lehrerstelle und mit 600 Thlr. Gehalt, 100 Thlr. Wohnungsgeldzuschuß; endlich des Lehrers Damsch, (bisher an der Schule auf der Wallischei), der vor Kurzem die Mittelschullehrer-Prüfung bestanden hat, unter Verleihung einer neu zu kreirenden Stelle hinter dem Mittelschul-Lehrer Julius Lehmann mit 400 Thlr. Gehalt und 100 Thlr. Wohnungsgeldzuschuß. — Nachdem Buchhändler Türk und Oberbürgermeister Kohleis diese Anstellungen warm befürwortet haben, und ein vom Kaufmann Löwinsohn gestellter Vertagungsantrag abgelehnt worden, wird die Anstellung sämmtlicher 3 Lehrer unter den angeführten Bedingungen genehmigt.

Ueber die Bewilligung der Kosten zur Anschaffung von Druckschriften, welche sich auf die Provinz und die Stadt Posen beziehen, berichtet Buchhändler Türk. Magistrat beantragt zu dem angegebenen Zwecke mit Hinweis auf den in den Zeitungen veröffentlichten Aufruf die Bewilligung von 100 Thlr.; doch wird dieser Antrag abgelehnt.

↗ **Ein Capitain d'Armes** der hiesigen Garnison hat sich gestern in Folge der Unterschlagung von königlichen Montirungsstücken erschossen.

↗ **Diebstähle.** Ein hiesiger Kaufmann untersuchte die Sachen seines Dienstmädchens, gegen welches er den Verdacht hegte, daß es ihm verschiedene Gegenstände entwendet habe, und fand bei dieser Gelegenheit unter ihren Sachen drei silberne Theelöffel, von denen der eine „Bazar 2.", der andere mit einem eingekritzelten T., der dritte gar nicht bezeichnet war.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Washington**, 29. Juli. Der an die Bankhäuser Rothschild und Seligmann begebene Rest der konsolidirten 5-prozentigen Anleihe ist al pari mit ¼ pCt. Kommission emittirt worden.

Vermischtes.

* **London**, 29. Juli. Der britische Dampfer „Admiral", in Fahrt zwischen Liverpool und Australien, hat am 23. Mai bei den Klippen von Kings-Island in einer aus Untiefen und Sandbänken bestehenden Meerenge Schiffbruch gelitten. Von 89 auf demselben befindlichen Personen kamen nur 9 mit dem Leben davon.

* **Liverpool**, 29. Juli. Der neue Hafenlöschplatz ist in einer Längenausdehnung von 700 Meter von einer Feuersbrunst heimgesucht worden, der dadurch verursachte Schaden beläuft sich auf etwa 200,000 Pfd. Sterl. Die vor Anker liegenden Schiffe haben keinen Schaden gelitten.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Paris, 29. Juli. Die Bank lehnte die Reducirung der jährlichen Amortisationsquote um 50 Millionen ab, erklärte sich aber zu neuem Kredite für Staatsbedürfnisse bereit. Dem „Temps" zufolge seien Italien, Deutschland, England einig, die spanischen Küsten zu überwachen.

Versailles, 29. Juli. [Nationalversammlung. Fortsetzung.] Chabaud Latour erinnert daran, die Nationalversammlung habe die Verpflichtung nicht auseinanderzugehen, bevor die konstitutionellen Gesetze beschlossen seien, er hofft die Versammlung werde jeden Gedanken an eine Auflösung zurückweisen, bevor sie nicht ihren Verpflichtungen genügt habe, er sei überzeugt, daß sich eine hinreichende Majorität finden werde, um die konstitutionellen Gesetze entsprechend den Landesinteressen zu beschließen. Die Kammer sei jetzt zu einer Epoche gekommen, wo die Parlamentsarbeiten zu ruhen pflegen, man möge aber die Ferien nicht außergewöhnlich verlängern und spätestens Ende November wieder zusammentreten, um baldmöglichst die konstitutionellen Gesetze, welche das Land verlange (!) zu berathen. Der Landesfriede, die Sicherheit, die Arbeit während der Ferien werde eine allgemeine Beruhigung der Gemüther herbeiführen. — Die Nationalversammlung lehnte mit 375 gegen 332 Stimmen ab den Antrag Mallevilles in Erwägung zu ziehen. Duval nimmt den seinigen zurück.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 29. Juli, Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Juli 26¼, pr. August-September 26, per September-Oktober 23½. Weizen pr. Juli 85. Roggen pr. Juli 53¾, pr. September-Oktober 53⅝, pr. Oktober-November 53¼. Rüböl pr. Juli 18⅓, pr. September-Oktober 18¼, Oktober-November 18⅞. — Wetter: —.

Bremen, 29. Juli. Petroleum ruhig, Standard white loco 10 Mark 60 Pf. bz.

Hamburg, 29. Juli, Nachm. (Getreidemarkt.) Weizen loko still, auf Termine fest. Roggen loko still, auf Termine behauptet. Weizen 126-pfd. pr. Juli 1000 Kilo netto 237 B., 235 G., pr. Juli-Aug. 1000 Kilo netto 233 B., 232 G., pr. Aug.-Sept. 1000 Kilo netto 230 Br., 229 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 225½ Br., 224½ Geld, pr. Oktober-November 1000 Kilo netto 224 Br., 223 Geld. Roggen pr. Juli 1000 Kilo netto 186 B., 185 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 175 B., 174 G., pr. August-September 1000 Kilo netto 171 B., 170 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 168 B., 167 G., pr. Oktober-Novbr. 1000 Kilo netto 166 B., 165 G. Hafer fest. Gerste still. Rüböl still, loko 56¼, pr. Oktober 200 Pfd. 56. Spiritus matt, pr. Juli-August 56, pr. August-September 57, pr. September-Oktober pr. 100 Liter 100 pCt. 57¼. Kaffee fest. Umsatz 3000 Sack. Petroleum still, Standard white loko 10, 00 B., 9 90 G., pr. Juli 9, 80 G., pr. August-Dezember 10, 60 G. — Wetter: Bedeckt.

Köln, 28. Juli, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter, Regen. — Weizen höher, hiesiger loko 8, 15, fremder loco 7, 20, pr. Juli 7, 15, pr. November 7, 4, pr. März 7, 3. Roggen höher, fremder loko 6, 10, a 5, 25, pr. Juli 5, 18½, pr. Novbr. und pr. März 5, 7½. Rüböl unverändert, loko 10⁄10, pr. Oktober 10¼, pr. Mai 10⅜. Leinöl loko 11⁄10.

Amsterdam, 29. Juli, Nachmittags — Uhr — Minuten. (Getreidemarkt) Schlußbericht. Weizen geschäftslos, pr. November 306. Roggen loko flau, pr. Juli 197, pr. Oktober 191½, pr. März 191¼. Raps loko 356, pr. Frühjahr 370 Fl. Rüböl loko 32¾, pr. Herbst 33, pr. Mai 1875 35¼. — Wetter: Regen.

Antwerpen, 29. Juli, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Getreidemarkt) geschäftslos.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loko und pr. Juli 25 bz und B., pr. August 25 bz., 25¼ Br., pr. September 26¼ bz., 26¾ Br, pr. September-Dezember 27¾ bz. und Br. Behauptet.

London, 29. Juli, Nachmittags (Getreidemarkt) Schlußbericht. Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 31,950, Gerste 4800, Hafer 7860 Qrtrs.

Der Markt schloß für sämmtliche Getreidearten bei schleppendem Geschäft stetig. Hafer eher theurer. Weißer englischer Weizen 62—64, rother 56—58, hiesiges Mehl 43—54 Sh. — Wetter: Heiß.

Liverpool, 29. Juli, Nachmittags. Baumwolle (Schlußbericht): Umsatz 12,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 3000 Ballen. Stetig, schwimmende ruhig zu gestrigen Preisen angeboten.

Middling Orleans 8⅜, middling amerikan. 8⅛, fair Dhollerah 5¼, middling fair Dhollerah 4¾, good middling Dhollerah 4⅜, middling Dhollerah 4⅛, fair Bengal 4¼, fair Broach 5⅜, New fair Domra 5⅜,

good fair Domra 5¾, fair Madras 5, fair Pernam 8¼, fair Smyrno 6¼, fair Egyptian 8.

Upland neue Ernte Oktober-November-Verschiffung 8⅜, fair Dhollerah Juni-Verschiffung ums Kap 5¾ d.

Paris, 29. Juli, Nachmittags. **Produktenmarkt. Weizen** fest, pr. Juli 33, 50, pr. Sept.-Oktober 28, 75. **Mehl** weichend, pr. Juli 82, 75, pr. September-Dezember 63, 75, pr. November-Februar 61, 75. — **Rüböl** steigend, pr. Juli 75, 25, pr. August 75, 00, pr. Septbr.-Dezember 77, 75. — **Spiritus** ruhig, pr. Juli 68, 50. — Wetter: Bedeckt.

Produkten-Börse.

Berlin, 29. Juli. Wind: S. Barometer 28, 2. Thermometer früh + 16°. Witterung: heiter.

Die Stimmung für **Roggen** war heute recht lustlos und haben die Terminpreise die gestern erlangte kleine Besserung wieder aufgegeben. Waare ist nach wie vor ziemlich gut verkäuflich. Gekündigt 37,000 Ctr. Kündigungspreis 51⅞ Rt. per 1000 Kilgr. — **Roggenmehl** per Juli durch Deckungen wesentlich gesteigert, sonst kaum verändert. Gekündigt 400 Ctr. Kündigungspreis 9 Rt. 18½ Sgr. per 100 Kilgr. — **Weizen** hat sich nicht voll zu behaupten vermocht; Verkaufslust im Uebergewicht. Gekündigt 30,000 Ctr. Kündigungspreis 85¾ Rt. per 1000 Kilgr. — **Hafer** loko in matter Haltung, Termine dagegen fester. Gekündigt 2000 Ctr. Kündigungspreis 67 Rt. per 1000 Kilogr. — **Rüböl** bei schwachem Verkehr gut preishaltend. — **Spiritus** unbelebt. Nahe Lieferung ist knapp offerirt; für entfernte Sichten ist eher das Angebot im Uebergewicht. Gekündigt 40,000 Liter. Kündigungspreis 27 Rt. 11 Sgr. per 10,000 Liter-pCt.

Weizen loko pro 1000 Kilgr. 74—89 Rt. nach Qual. gef., gelber per diesen Monat 85¾—½ Rt. bz., Juli-August 79½—78½ bz., August-Sept. —, Sept.-Okt. 73½—73¾—73½ bz., Okt.-Nov. 72½—⅝—½ bz., Nov.-Dezbr. 72½—72 bz., Dez.-Jan. —, April-Mai 216—215½ R.-M. bz. — **Roggen** loko per 1000 Kilgr. 50—65 Rt. nach Qual. gef., russischer 52—52½ ab Bahn u. Kahn bz., def. do. 44½ ab Bahn bz., per diesen Monat 52—51⅞ bz., Juli-August do., Sept.-Okt. 53—53½—52¾ bz., Okt.-Nov. do., Nov.-Dez. 53—53½—52⅞ bz., Frühjahr 159 R.-M. bz. — **Gerste** loko per 1000 Kilgr. 53—75 Rt. nach Qual. gef. — **Hafer** loko per 1000 Kilgr. 57—73 Rt. nach Qual. gef., ost- u. westpreuß. 60—69, pomm. 69—73 ab Bahn bz., per diesen Monat 67 bz., Juli-August 59⅝—⅞ bz., Aug.-Sept. —, Sept.-Okt. 56⅞—⅞ bz., Oktbr.-Nov. 56 bz., Novbr.-Dez. —, Frühjahr 168 R.-M. bz. — **Erbsen** per 1000 Kilgr. Kochwaare 72—75 Rt. nach Qual., Futterwaare 66—70 Rt. nach Qual. — **Raps** per 1000 Kilgr. —. **Rübsen** —. — **Leinöl** loko per 100 Kilgr. ohne Faß 22½ Rt. — **Rüböl** per 100 Kilg. loko ohne Faß 17⅞ Rt. bz., mit Faß —, per diesen Monat 18½ Rt. bz., Juli-August do., August-Sept. do., Sept.-Oktbr. 18⅛ bz., Okt.-Nov. 18⅛—¹⁰/₂₄ bz., Nov.-Dez. 19—⅛ bz., April-Mai 60,5—10 R.-M. bz. — **Petroleum** raffin (Standard white) per 100 Kil. mit Faß loko 7½ Rt. bz., per diesen Monat 7½—⅟₁₂ bz., Juli-August do., August-Sept. do., Sept.-Okt. do., Oktbr.-Nov. 7⅟₁₂ bz., Nov.-Dez. —, April-Mai 7¾ bz. — **Spiritus** per 100 Liter à 100 pCt. = 10,000 pCt. loko ohne Faß 27 Rt. 6 Sgr. bz., per diesen Monat —, loko mit Faß —, per diesen Monat 27 Rt. 9—12 Sgr. bz., Juli-August do., August-Sept. 27 Rt. 6—8—7 Sgr. bz., Sept.-Okt. 24 Rt. 14—16—14 Sgr. bz., Oktbr.-Nov. —, April-Mai 65,3—2 R.-M. bz. — **Mehl**. Weizenmehl Nr. 0 11⅞—11, Nr. 0 u. 1 10⅝—10 Rt., Roggenmehl Nr. 0 9⅞—9½ Rt., Nr. 0 u. 1 9—8½ Rt. per 100 Kilgr. Brutto unverst. inkl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilgr. Brutto unverst. inkl. Sack per diesen Monat 9 Rt. 17—20 Sgr. bz., Juli-August 8 Rt. 20 Sgr. bz., August-Sept. 8 R. 19—18½ Sgr. bz., Sept.-Okt. 8 Rt. 18½—17½ Sgr. bz., Okt.-Nov. 8 Rt. 13½ Sgr. bz., Nov.-Dez. —, April-Mai 24 R.-M. B.

(B. u. H.-Z.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde	Barometer auf über der Ostsee	Therm.	Wind.	Wolkenform.
29. Juli	Nachm. 2	27" 5''' 08	+ 24°1	O 1	heiter. Ci., Cu-st.
29 „	Abnds. 10	27" 4''' 76	+ 19°2	SO 1-2	halbhtr. Ci.
30 „	Morgs. 6	27" 4''' 33	+ 16°4	O 2	heiter. Cu-st.

Breslau, 29. Juli.

Behauptet.

Freiburger 101½. do. junge 96½. Oberschlesische 167. R.-Oder-Ufer-St.-A. 120½. do. do. Prioritäten 120. Franzosen 193½. Lombarden 82⅜. Italiener —. Silberrente 68⅝. Rumänier 41½. Breslauer Diskontobank 80½. do. Wechslerbank 71½. Schles. Bankv. 108. Kreditaktien 141½. Laurahütte 135. Oberschles. Eisenbahnbed. —. Oesterreich. Banknoten 92. Russ. Banknoten 94½. Bresl. Maklerbank —. do. Makl.-B.-Bk. —. Prov.-Maklerb. —. Schles. Vereinsbank 01½. Ostdeutsche Bank —. Bresl. Prov.-Wechslerb. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 29. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schiff'sche Bank —, Dortmunder Union —, süddeutsche Immobilien-Gesellschaft 93, neue russische Anleihe —, Ungar-Loose —, Englische Wechslerbank —, Meininger Loose —. 1854er Loose 101½.

Sehr fest. Kredit beliebt, Bahnen behauptet, Banken unbelebt, Prioritäten gesucht.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 246½, Franzosen 337½, Lombarden 141½, Elisabethbahn —.

[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 119. Pariser Wechsel 94½. Wiener Wechsel 106½. Franzosen 338. Böhm. Westbahn 218. Lombarden 141½. Galizier 264. Elisabethbahn 221. Nordwestbahn 178, Kreditaktien 247. Russ. Bodenkredit 89⅞. Russen 1872 99⅝. Silberrente 68⅝. Papierrente 64. 1860er Loose 105. 1864er Loose 162½. Amerikaner de 82 97⅜. Deutsch-österreich. 85. Berliner Bankverein 84½. Frankfurter Bankverein 84¾. do. Wechslerbank 83½. Nationalbank 103½. Meininger Bank 103, Hahn'sche Effektenbank 115½. Kontinental 89½. Rockford 13. Hibernia —.

Frankfurt a. M., 29. Juli, Abends. [Effekten-Sozietät.] Kreditaktien 246½ pr. compt., 245⅞ pr. medio. Franzosen 337½ pr. compt., 337½ pr. medio. Lombarden 139½. Galizier 263½. Nordwestbahn —. Silberrente 68⅝. Elbthalbahn —. Raab-Grazer Loose 84½. Ungarische Loose —, 1860er Loose 105, Hahn'sche Effektenbank —, Darmstädter Bankaktien —, Bankaktien —, Papierrente —. Dresdener Bank —. Meininger Bank —. Provinzial-Diskonto-Gesellschaft —. Schluß sehr fest bei bedeutenden Umsätzen.

Wien, 29. Juli. Fest. Verkehr sehr schleppend, Bahnen, Banken theilweise billiger.

Nachbörse: Kredit —, —, Anglo-Aust. —, —.

[Schlußkurse.] Papierrente 70, 15. Silberrente 75, 00. 1854er Loose 99, 00. Bankaktien 975, 00. Nordbahn 1992 —. Kreditaktien 234, 50. Franzosen 316, 25. Galizier 246, 50. Nordwestbahn 167, 25. do. Lit. B. 73 25. London 110, 80. Paris 43, 75. Frankfurt 92, 70. Böhm. Westbahn —, —. Kreditloose 160, 00. 1860er Loose 108, 80. Lombard. Eisenbahn 136, 25. 1864er Loose 134, 20. Unionbank 118, 75. Anglo-Austr. 150, 25. Austro-türkische —, —. Napoleons 8, 85. Dukaten 5, 29. Silberkoup. 104, 00. Elisabethbahn 206, 75. Ungar. Präml. 84, 25. Preußische Banknoten 1, 63½. Hamburg 54, 10. Amsterdam 92, 80. Kaschau-Od. 152, 50.

Paris, 29. Juli, Nachmittags 12 Uhr 40 Minuten. 3proz. Rente 62 90. Anleihe de 1872 99 32½. Italiener 66 40. Franzosen 717, 50. Lombarden 307, 50. Türken 44, 50. Fest.

Paris, 29. Juli, Nachmittags 3 Uhr. Ruhig.

[Schlußkurse.] 3prozent. Rente 62, 80. Anleihe de 1871 —, —. Anleihe de 1872 99, 25. Ital. 5proz. Rente 66, 37½. Italien. Tabaksaktien —, —. Franzosen (gestemp.) 717, 50. do. neue —. Oesterr. Nordwestbahn —, —. Lombard. Eisenbahnaktien 307, 50. Lombard. Prioritäten 246, 00. Türken de 1865 44, 20. Türken de 1869 268, 75. Türkenloose 108, 50. Goldagio —.

Paris, 28. Juli, Abends. Auf dem Boulevard wurde neueste Anleihe zu 99, 27½ gehandelt.

London, 29. Juli, Nachmittags 4 Uhr. Aus der Bank flossen heute 76,000 Pfd. Sterl.

Platzdiskont 2⅜—2½ pCt. Fest.

6proz. ungar. Schatzbonds 90½.

Konsols 92⁹⁄₁₆. Italien. 5prozent. Rente 65⅞. Lombarden 12⁹⁄₁₆. 5proz. Russen de 1871 102½. 5proz. Russen de 1872 102⅜. Silber 58⁹⁄₁₆. Türk. Anleihe de 1865 43¹⁵⁄₁₆. 6proz. Türken de 1869 53⅜. 9proz. Türken Bonds —. 6proz. Vereinigt. St. pr. 1882 104½. Oesterreich. Silberrente 67⅞. Oesterreich. Papierrente 63⅞.

Newyork, 28. Juli, Abends 6 Uhr. [Schlußkurse.] Höchste Notirungen des Goldagios 9½, niedrigste 8⅞. Wechsel auf London in Gold 4 D. 87½ C. Goldagio 9½. ⁵⁄₂₀ Bonds de 1885 116⅜. do. neue 5proz. fundirte 113½. Bonds de 1887 117⅞. Erie-Bahn 31⅞. Central-Pacific 88½. Baumwolle in New-York 17. Baumwolle in New-Orleans 16⅞. Mehl 5 D. 85 C. Raffin. Petroleum in Newyork 12. do. do. Philadelphia 12. Rother Frühjahrsweizen 1 D. 37 C. Kaffee 20. Zucker (Fair refining Muscovado) 7⅞. Getreidefracht 6½.

Berlin, 29. Juli. Die günstige Haltung, die die gestrige Börse in ihrer ersten Hälfte gekennzeichnet hatte, übertrug sich auch auf die heutige. Namentlich auf dem gesammten Spekulationsgebiet entwickelte sich gleich anfänglich ein recht lebhafter und theilweise animirter Verkehr, der vielfach Veranlassung zu weiteren Avancen wurde, nachdem die Course zumeist schon etwas höher eingesetzt hatten. Neue Momente zur Begründung dieser Hausseströmung dürften kaum hinzugetreten sein; die weiteren umfangreichen Deckungen der Contremine, denen die Wiener guten Notirungen einen zwingenden Hintergrund verliehen, und die vorherrschende sonstige Kauflust, die einem sehr reservirt auftretenden Angebote gegenüberstand, vermittelten naturgemäß eine recht feste Haltung. Nichtsdestoweniger hatte sich die Haltung um die Mitte der Börsenzeit etwas abgeschwächt, da die durch die Regulirung ohnedies eingeschränkte Thätigkeit etwas erlahmte; doch schlossen die Course auf spekulativem Gebiet zumeist höher als gestern.

Der Kapitalsmarkt wies ruhigen Verkehr in fester Stimmung auf; nur vereinzelt wurden Anlagewerthe in größeren Beträgen aus dem Markte genommen. Geld bleibt flüssig; das Privatdiskonto betrug 2½ pCt. Im Prolongationsgeschäft stellten sich die Deportsätze heute für Kreditaktien auf ⅛—⅜ Thlr., für Franzosen auf ⅛, für Lombarden auf ⅛—¼ Thaler pro Stück, für Diskonto-Kommandit-Antheile auf ¼ pCt., während Lombarden ein ganz geringfügiges Deport zahlten.

Von den internationalen Spekulationssachen standen besonders Kreditaktien und Franzosen in gutem Verkehr bei steigenden Coursen; Lombarden blieben bis zum Schluß der Börse fast vollständig vernachlässigt.

Die fremden Fonds hatten zu behaupteten Coursen theilweise gute Umsätze für sich. Belebt waren Italiener und Türken, während Amerikaner und russische Pfundanleihen still blieben. Russische Central-Bodenkredit-Pfandbriefe wurden in größeren Beträgen gehandelt. Norwegische Anleihe notirt 99⅞ bz. u. Gd.

Deutsche und preußische Staatsfonds, landschaftliche Pfand- und Rentenbriefe waren bei recht fester Tendenz mäßig lebhaft. Prioritäten blieben ruhig und wenig verändert. Losowo-Sewastopol- und Theißbahn-Prioritäten waren gefragt. Hannover-Altenbekener III. Emission wurden zu 97⅝ in Posten umgesetzt.

Der Eisenbahn-Aktien Markt entwickelte auch heute verhältnißmäßig gute Regsamkeit in recht fester Haltung, namentlich für schwere Werthe. In dieser Beziehung sind von den preußischen Devisen Köln-Minden, Rheinische und Oberschlesische, die auch alle etwas besser wurden, hervorzuheben.

Leichte inländische Devisen blieben behauptet, aber ruhig. Von den fremden Eisenbahnwerthen waren Galizier höher und wie die festen Nordwestbahn-Aktien belebt. Rumänen hatten in gleichfalls fester Haltung ziemlich gute Umsätze für sich.

Fonds- u. Actienbörse.

Berlin, den 29. Juli 1874.

Deutsche Fonds.

Konsolidirte Anl.	4½	106 bz
Staats-Anleihe	4	— —
do. do.		100⅜ bz
Staatsschuldscheine	3½	3½ bz
Präm.St.Anl 1855	3½	28½ bz
Kurh. 40 Thlr. Obl.	—	72¾ B
Kur- u. Neum. Schld	3	94⅝ bz
Oderdeichbau-Obl.	4	101 bz
Berl. Stadt-Obl.	5	03¾ bz
do. do.	4	— —
do. do.	3	90 bz
Berl. Börsen-Obl.		107½ bz
Berliner		101¾
do.		106 G
Kur- u. Neum		8½ B
do. do.		8⅜ bz
do. neue		104 bz
Ostpreußische		88 G
do. do.		93
do. do.		3 B
do. do.		— —
Pommersche		8⅜ G
do. neue		98½ B
Posensche neu		6⅜ bz
Schlesische		87 bz G
Westpreußische		83 bz B
do do.		97⅜ bz
do. Neuland		97 B
do. do.		02⅜ bz
Kur- u. Neum.		98¾ G
Pommersche		98 bz
Posensche		98¼ bz
Preußische	4	98¾
Rhein-Westf.	4	98 bz
Sächsische	4	99 bz B
Schlesische	4	98⅜
Goth. Pr.-Pfdbr I	5	06½ bz II. 103¼ bz
Prß. Bd. Cred.-Hyp. Br. unkündb. I. u. II	5	102½ bz G
Pomm. Hyp. Pr. Br.	5	104 bz
Rhein. Prov.-Obl.	4	103⅜ G
Anhalt. Rentenbr	4	97½ G
Meininger Loose	—	4⅜ bz
Mein. Hyp. Pfd. Br	4	100½ B
Hamb. Pr. A. v. 1866	3	54½ G
Oldenburger Loose	3	40¹⁰⁄₁₆ bz
Bad. St. Anl. v. 1866	4	101⅝ B
do. Eisb.-Pr.-A. v. 67	4	114½ bz
Kenebad. 35 fl. Loose	—	41⅞ B
Badische St.-Anl.	4½	104⅜ G
Bair. Pr.-Anleihe	4	116 bz G
Braunschw. Präm.-Anl. a 20 Thlr.	—	23⅜ bz B
Dess. St.-Präm.-A	3½	11½ bz
Lübecker do.	3½	5¼ B
Mecklenb. Schuldv.	3½	8 bz B fl. —
Köln-Mindener P.A	3½	102¾ bz G

Ausländische Fonds.

Amer. Anl. 1881	6	105 bz G
do. do. 1882 get	6	97¼
do. do. 000		103¼ etw bz G
Newyork. Stadtan		97½ G
do. Goldanleih		98½ bz
Rum. 10 Thlr Loos	—	11½ bz B
Italienische Anl.	5	66⅝ bz G
do. Tabaks-Ob	6	99⅛ B
do. do. Act. 70%	6	620 G
Oester. Pap.-Rent	4⅕	64½ bz B
do. Silberrent	4⅕	68¾
do. 250 fl Pr. Ob	4	105⅛ bz
do. 100 fl. Kred L	—	108 bz B
do. Loose 1860	5	105½ bz B
do. Pr.-Sch. 1864	—	93 bz
do. Bodenkr.-G	5	86½ etw bz G
Poln. Schatz-Obl	4	87½ bz
do. Cert. A 300 fl	5	94 G
do. Pfdbr. III. Em	4	81¼
do. Part. O. 500 fl	4	109 B
do. Liqu.-Pfandbr	4	69½ B
Raab-Grazer Loos	4	84⅛ bz G
Franz. Anl. 71. 72	5	— —
Bukar. 20 Fres. Loos	—	— —
Rumän. Anleihe	8	— — [? fl. 104
Russ. Bodenkr.-Pf	5	89⅞ bz
do. Nicolai-Obl.	4	86½ G
Russ.-engl. Anl. v. 62	5	102½ bz
do. „ „	3	73⅜ G
do. „ „ v. 70	5	104 bz B
do. „ „ v. 72	5	102½ bz
do. 5. Stiegl. An	5	85½
do. 6. „	5	94⅝ bz
do. Präm.-Anl. de 64	5	152½ G
do. „ „ 66	5	153½ bz G
Türk. Anleihe 1865	5	44⅞ B
do. do. 1869	6	— —
do. do. kleine	6	— —
do. Loose (vollg.)	3	109 etw bz B
Ungarische Loos	—	53⅜ B

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Anh. Landesbank	4	— —
A. f. Sprit (Wrede)	5	55⅝ bz G
Barmer Bankverein	5	82 G
Berg.-Märk. Bank	4	85 bz G
Berliner Bank	4	75 bz G
do. Bankverein	5	85⅜ bz
do. Kassenverein	4	275½ G
do. Handelsges.	4	118½ bz
do. Wechslerbk	5	50⅝ bz G
Bresl. Discontobk	4	80 bz G
Bankf. Ldw. Kwilecki	5	63 G
Braunschw. Bank	4	121 bz G
Bremer Bank	4	116 G
Centralb. f. Hd. u. J	5	74½ bz G
Coburg. Kreditbank	4	79½ bz B
Danziger Privatbk	4	118 G
Darmstädter Kred.	4	159 bz G
do. Zettelbank	4	108½ bz
Dessauer Kreditbk.	4	109½ G
Berl. Depositenbank	5	95½ B
Deutsche Unionsb.	4	82⅝ bz G
Disc. Command.	4	170⅞ bz
Genf. Kredb i. Liq.	—	5 bz G
Geraer Bank	4	116½ bz G
Gewb. H. Schuster	4	68½ bz G
Gothaer Privatbank	4	118 B
Hannoversche Bank	4	09½ B
Königsberger V.-B	4	80½ G
Leipziger Kreditbk	4	56⅝ bz
Luxemburger Bank	4	112½ bz
Magdeb. Privatbk	4	111 B
Meininger Kreditb	4	102¾ bz G
Moldauer Landesb	4	53½
Norddeutsche Bank	4	142½ G
Niederschl. Kassenv	5	5½ G
Ostdeutsche Bank	4	75 bz
do. Produktenb	4	— —
Oesterr. Kreditban	5	142½ bz
Pomm. Ritterbank	4	— —
Posener Prov.-Bk	4	113⅝ G
do. Prov.-Wechs. B	4	1½ B
Pr. Bod.-K.-A.-B.	4	95⅞ bz B
do. Bankantheile	4½	180 bz B
do. Ctr.-Bd. 40%	5	122⅜ B
Rostocker Bank	4	114 B
Sächsische Bank	4	144⅛ G
Schles. Bankverein	4	108½ bz G
Thüringer Bank	4	101 bz G
Weimarische Bank	4	97 G
Prß. Hyp. Vers 25%	4	125½ bz G

In- u. ausländische Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Mastricht	4½	93½ G
do. II. Em.	5	99 bz
do. III. Em.	5	99 bz
Bergisch-Märkische	4½	— —
do. II. Ser. (conv.)	4½	100½ G
III. Ser 3½ v. St. g	3½	85½ bz
do. Lit. B.	3½	85½ G
do. IV. Ser.	4½	100 G
do. V. Ser.	4½	100 G
do. VI. Ser.	4½	100 B
do. Düsseld.-Elb.	4	93 B
do. II. Ser.	4½	100 G
do. (Dortm.-Soest)	4	99½ G
do. II. Ser.	4½	101½ B
do. (Nordbahn)	5	103½ G
Berlin-Anhalt	4	98½ G
do. do.	4½	101½ G
do. Lit. B.	4½	101½ G
Berlin-Görlitzer	5	100 G
Berlin-Hamburg	4	95 B
do. II. Em.	4	95 B
Berl.-Potsd.-Mgd. Lit. A. u. B.	4	94 G
do. Lit. C.	4	94 bz B
Berl.-Stett. II. Em.	4	94¾ B
do. III. Em.	4	94¾ B
do. IV. S. v. St. g.	4½	103½ bz
do. VI. Ser. do.	4	91⅝ bz G
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	100⅛ B
Köln-Krefeld	4½	— —
Köln-Mind. I. Em.	4½	102¾ G
do. II. Em.	5	104½ B
do. do.	4	94½ G
do. III. Em.	4	94½ G
Köln-Mind. do.	4½	100⅝ G
do. IV. u. V. Em.	4	94½ bz
Halle-Soran-Gub.	5	99⅞ G
Märkisch-Posener	5	— —
Magdeb.-Halberst.	4½	101 G
do. do.	4½	100⅞ G
do. do.	5	101⅜ G
do. Wittenb.	3	72⅝ bz
Niederschl.-Märk.	4	98⅜ G
do. II. S. à 62½ thlr	4	97½ G
do. c. I. u. II. Se	4	99½ G
do. con. III. Ser.	4	99⅜ G
Niederschl. Zweigb.	4½	81½ G
Oberschl. Lit. A. C. D	5	— —
do. Lit. B. II.	4	86½ bz G
do. Lit. F. G. H.	3½	101⅞ bz
do. Em. v. 1869	4½	103⅜ bz
Brieg-Neisse	5	— —
Kosel-Oderberg	4½	95 G
do. III. Em.	4	103¾ G
Oesterr.-Franz.-St	4½	317 G
Oestr. südl. St. (Lb.)	3	245⅝ bz G
do. Lomb. Bons	3	101 G
do. do. de 1875	6	101⅛ G
do. do. de 1876	6	101¼ G
do. do. de 1877/8	6	103½ G
Ostpreuß. Südbahn	6	104⅛ bz G
Rechte Oder-Ufer I	5	103 B
Rhein. Pr.-Oblg.	5	94½ G
do. v. Staate gar	4	— —
do. III. v. 1858 u. 60	3½	100⅜ G
do. 1862, 64, 65	4½	100¾ G
Rhein-Nahe v. St. g	4½	103 G
do. II. Em.	4½	103 G
Schleswig	4½	99⅞ bz G
Stargard-Posen	4½	94 bz G
do. II. Em.	4	101½ B
do. III. Em.	4½	101½ B
Thüringer I. Ser.	4½	95 G
do. II. Ser.	4	102½ G
do. III. Ser.	4½	95 G
do. IV. u. V. Ser.	4	100½ G
Galiz. Carl-Ludwb	4½	99 B
Lemberg Czernowitz	5	73⅞ bz G
do. II. Em.	5	82½ G
do. III. Em.	5	75½ bz
Rybinsk-Bologoyer	5	91 bz B
Kaschau-Oderberg	5	82 bz G
Mähr. Grenzbahn	5	71⅛ G
Mähr.-Schl. Centr.	5	34¾ bz
Ungar. Ostbahn	5	61½ bz G
do. Nordostbahn	5	67⅛ bz B
Oestr. Nordwestb.	5	88⅝ bz
Ostrau-Friedland	5	— —
Dux-Prag	5	41 bz B
Charkow-Azow	5	100⅜ G
Jelez-Woron.	5	99⅜ bz G
Kozlow-Woron.	5	100 bz B
Kursk-Charkow	5	100⅜ G
Kursk-Kiew	5	100½ bz
Mosko-Rjäsan	5	101⅛ G
Rjäsan-Kozlow	5	100⅜ G
Schuja-Ivanow	5	— —
Warschau-Terespol	5	99½ bz B
kleine	5	99⅛ G
Warschau-Wiener	5	100½ G
kleine	5	100½ G

Eisenbahn-Aktien und Stamm-Prioritäten.

Aachen-Mastricht	4	33⅜ bz G
Altona-Kieler	5	110⅝
Amsterdam-Rotter	4	105⅛ bz
Bergisch-Märkisch	4	2½ bz
Berlin-Anhalt	4	149 bz
Berlin-Görlitz	4	82 bz G
do. Stammpr	5	101⅞ bz G
Balt. russ. (gar.)	3	53½ B
Brest-Kiew	5	46 bz G
Breslau-Warsch. S	5	44 bz G
Berlin-Hamburg	4	178½ bz B
Berlin-Potsd.-Mg	4	114 bz G
Berlin-Stettin	4	149½ bz B
Böhm. Westbahn	5	93½ etw bz G
Brest-Grajewo	5	30⅞ bz G
Bresl.-Schw.-Frb.	4	102⅞ bz G
Köln-Minden	4	133¼ bz
do. Lit. B	5	109⅛ etw bz B
Crefeld Kr. Kempen	5	3 B
Galiz. Carl-Ludw	5	113⅜ bz
Halle-Soran-Gub.	4	32½ bz
do. Stammpr	5	54½ etw bz B
Hannover-Altenb.	5	31⅞ bz B
Löbau-Zittau	3½	90⅛ bz
Lüttich-Limburg	4	18 bz G
Ludwigshafen-Berl	4	184⅜ bz
Kronprinz-Rudolph	5	70⅝ bz G
Märkisch-Posen	4	39 bz
do. St.-Prior.	5	72⅜ bz G
Magdeburg-Halb.	4	108½ bz
do. Stammpr. B	3½	76½ bz
Magdeb.-Leipzig	4	256½ bz
do. Litt. B.	4	94⅛ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	138 bz
Münster-Hammer	4	99½ B
Niederschl. Märk.	4	99½ B
Nordh. Erf. gar.	4	58⅜ bz G
do. Stammpr.	5	51½ bz B
Oberhess. v. St. gar	3½	77⅞ bz G
Oberschl. Lit. A. u. C	3½	167 bz G
do. Litt. B	3½	149⅜ bz
Oest. Fraz. Staatsb	5	194 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	5	82½ bz
Ostpreuß. Südbahn	4	41 etw bz B
do. Stammpr.	5	79¼ bz G
Rechte Oderuferb.	5	121 bz G
do. Stammpr.	5	119⅞ bz G
Reichenberg-Pard.	4½	67¼ bz G
Rheinische	4	136⅛ bz
Stpr. Lit. B. v. St. g.	4	93½ bz B
Rhein-Nahebahn	4	24½ bz
Russ. Eisenb. v. St. g	5	103⅛ bz
Stargard-Posen	4½	102¼ bz
Rum. Eisenbahn	5	41½ etw bz
Schweizer Westb.	4	25 bz B
do. Union	4	11¼ G
Thüringer	4	121½ etw bz B
do. B. gar.	4	91½ bz
Tamines Landen	4	7½ etw bz B
Warschau-Wiener	5	87½ bz B

Gold-, Silber- und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	— —
Goldkronen	—	— —
Louisdor	—	110 G
Sovereigns	—	— —
Napoleonsdor	—	5 12¼ G
Imp. p. Zpfd	—	5 16⅜ G
Dollars	—	1 11⅝ G
Fremde Noten	—	99⅝ bz
do. (einl. in Leipz.	—	99⅞ bz
Oesterr. Silbergld.	—	95 G
Oesterr. Banknoten	—	91¾ bz
Russische do.	—	94¼ bz

Wechsel-Kurse vom 29 Juli

Bkl. Bankdisc.	4	
Amstrd. 250 fl. 10 T.	3½	142¼ bz
do. do. 2 M.	3½	142⅛ bz
London 1 Lstr. 8 T.	2½	6 23¹³⁄₁₆ bz
Paris 300 Fr. 10 T.	4	81⅙ bz
do. 300 Fr. 2 M.	5	— —
Belg. Bankpl. 300 Fr. 10 T.	4½	81⅟₁₂ bz
do. 300 Fr. 2 M.	4½	80¼ bz
Wien 150 fl. 8 T.	5	91⅝ bz
do. do. 2 M.	5	91⅟₁₆ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	5	56. 20 G
Leipzig 100 Thl. 8 T.	5½	99⅞ G
Petersb. 100 R. 3 W.	6	93½ G
do. do. 3 M.	6	93⅛ G
Warschau 90 R. 8 T.	6	94⅛ bz

Industrie-Papiere.

Aachen-Münchener Feuerverf.-Gef.	—	2400 G
Berl. F.-Verf.-Gef	—	325 G
Köln. F.-Verf.-G.	—	1915 G
Magdeb.		819 B
Stett. Nat. F.-V.-G	—	230½ G
Berl. Lebensv.-Gef.		680 G
Concordia in Cöln		665 G
Magd. Lebensv. Gef		94 G
Berl. Hagelverf. G.		130 G
Magdeb. do.		34½ G
Thuringia		122 B
Berl. Papierfabrik		45½
Berliner Aquarium	—	77½ bz
do. Zentral-Hotel	—	87¾
do. Cichorienfab		103 B
do. Braue. Tivoli		18 bz G
Brauerei Moabit		79½ bz G
Berl. Bockbrauerei	—	77½ bz G
Brauer. Patzenhofer	—	115 G
Brauerei (Wiesner)	—	27⅜ G
Masch.-Fab. (Linke)	—	43½ G
Fabrik Schering	—	46 B
Erdmannsd. Spinn	—	57½ bz B
Egells Masch.-Fabr	—	32½ bz G
Elb. Eisenb.-Bedarf	—	11½ bz
Fourobert, Gutta-P	—	48 bz G
Freund, Masch.-Fab	—	75½ bz G
Hannov. Maschinenfabrik (Egestorf)		75 bz G
Kön. u. Laurahütte		136½ bz
Nordd. Papierfabrik		46 G
Stobwaf. Lampenf		45 B
Königsberg. Vulcan		34½ B
Leinenfabr. Kramsta	—	97 etw bz B
Redenhütte	—	31½ G
Bau-Gesellf. Pleßner		5¼
Marienhütte	—	63½ bz G

Druck und Verlag von W. Decker u. Comp. (E. Röstel) in Posen.